

# Die deutsche Arbeiterbewegung in Polen\*

*Die Neugründung der Arbeiterbewegung in den von Deutschland  
an Polen abgetretenen Gebieten*

## Übergangszeit

Durch die Teilung Oberschlesiens kamen die in dem an Polen gefallenem Teil verbliebenen Arbeiterorganisationen, insbesondere die SPD und die Gewerkschaften, organisatorisch und politisch in eine schwierige Lage. Sie befanden sich plötzlich in einem anderen Staat mit allen damit zusammenhängenden Konsequenzen. Für die jetzt in Polnisch-Oberschlesien befindlichen lokalen Organisationen der SPD ergaben sich politisch noch insofern besondere Schwierigkeiten, als sich die Sozialdemokratische Partei in ihrer Gesamtheit beim Abstimmungskampf mit aller Kraft für die Stimmabgabe zugunsten Deutschlands eingesetzt hatte und auch nach Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses für ein Verbleiben ganz Oberschlesiens bei Deutschland und gegen eine Teilung eingetreten war.

Nachdem dann die Entscheidung über die Teilung des Landes erfolgt war, erklärte Hermann Müller im Reichstag am 26. Oktober 1921 für die sozialdemokratische Fraktion, daß seine Partei diese Entscheidung als einen reinen Gewaltakt und eine Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker ansehe, lehnte aber zugleich jede Rachepolitik ab und hob die Notwendigkeit eines friedlichen Nebeneinanderlebens von Polen und Deutschen zu beiden Seiten der Grenze hervor. Aus dieser Einstellung heraus begrüßte auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion das später abgeschlossene deutsch-polnische Minderheitenabkommen über Oberschlesien vom 15. Mai 1922 als einen „Vertrag zur Milderung der unheilvollen Entscheidung der Botschafterkonferenz“, die ein seit Jahrhunderten zusammengehöriges Wirtschaftsgebiet zerriß<sup>1</sup>.

Es ist verständlich, daß die deutsche Arbeiterschaft dieses jetzt zum polnischen Staat geschlagenen Teils Oberschlesiens zunächst viele bisherige Vorstellungen überwinden und sich an die neuen Verhältnisse in mancherlei Hinsicht

---

\* Von Otto Heike.

Die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung in Polen nach den Friedenschlüssen von Versailles und St. Germain hat Regierungsdirektor Otto Heike als genauer Kenner der Materie nachfolgend dargestellt. Es war ihm möglich, neues Quellenmaterial, das in seinen beiden größeren Publikationen und zahlreichen Zeitschriftenaufsätzen noch nicht berücksichtigt wurde, auszuwerten und die neuesten polnischen Veröffentlichungen zu diesem Thema heranzuziehen.

<sup>1</sup> Erich Matthias: Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten, Tübingen 1954, S. 54.

anpassen mußte. Nicht nur die noch in frischer Erinnerung stehende Gegnerschaft zum polnischen Bevölkerungsteil in der Abstimmungszeit, und damit auch zur Polnischen Sozialistischen Partei (PPS), wirkte sich belastend auf die in Polnisch-Oberschlesien verbliebenen Teile der SPD aus. Wohl waren, wie oben ausgeführt, während des Abstimmungskampfes Kontakte zwischen den polnischen und deutschen Sozialisten in Oberschlesien vereinbart worden, einen wesentlichen Einfluß auf den Verlauf der Dinge hatten sie jedoch nicht.

Auch die nicht erhebliche Stärke der SPD in diesem Gebiet (bei der Reichstagswahl 1912 in ganz Oberschlesien nur 14,0 % Stimmen für die SPD, gegenüber 36,8 % für das Zentrum und 30,8 % für die polnische nationale Liste) offenbarte die schwierige Lage der deutschen Sozialdemokraten in ihrem Verhältnis zu der christlich-national ausgerichteten Mehrheit sowohl der deutschen wie auch der polnischen Bevölkerung. Hinzu kam noch, daß auch die Spaltung innerhalb der Sozialdemokratie durch den Alleingang der Unabhängigen SP auch in diesem Gebiet noch nicht überwunden war. Hingegen spielten die Kommunisten in dem jetzt polnischen Teil Oberschlesiens nur eine sehr geringe Rolle.

Die deutschen Sozialdemokraten in Polnisch-Oberschlesien stellten sich aber nach der Teilung des Landes im Sinne der von der sozialdemokratischen Fraktion im Berliner Reichstag eingenommenen Haltung sofort auf den Boden der Realitäten. An ihrer Spitze fanden sich zwei in den letzten Jahren durch die Spaltung der Sozialdemokratie getrennt marschierenden Männer zusammen: der Redakteur des jetzt in Kattowitz erscheinenden Organs der SPD „Volkswille“ und bisherige Bezirkssekretär der Freien Gewerkschaftskartelle in Oberschlesien, Johann *Kowoll*, sowie der Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes und Mitglied der USP, Karl *Buchwald*. Mit dem Zusammengehen dieser beiden Männer war in Polnisch-Oberschlesien auch die unselige Spaltung der Sozialdemokratie überwunden.

Noch vor der Entscheidung über die Teilung Oberschlesiens war dem neuentstandenen polnischen Staat ein weiteres zum schlesischen Industrieraum gehörendes und an Polnisch-Oberschlesien angrenzendes Gebiet einverleibt worden: das bis dahin zu Österreich gehörende sogenannte Teschener Schlesien mit den Textilstädten Bielitz und Biala als Mittelpunkt. Vorläufer der deutschen Arbeiterbewegung war hier der im Jahre 1867 gegründete Arbeiterbildungsverein „Harmonia“, der 1871 in einen „Manufakturarbeiter-Fachverein“ umgebildet wurde. Nach dem ersten Streik der Textilarbeiter in Bielitz jedoch wurde dieser Verein von der Polizei verboten. Erst 1890 kam es wieder zur Gründung eines „Fachvereins für Manufakturarbeiter“, aus dem sich später die Arbeiterbewegung im Textilbezirk von Bielitz-Biala entwickelte, die politisch in der Sozialistischen Partei Österreichs organisiert war. Nach der Einverleibung dieses Gebiets in den polnischen Staat wurden hier die deutschen Sozialisten von Johannes *Lukas*, Dr. Siegmund *Glücksman*n und dem späteren stellvertretenden Bürgermeister von Bielitz, *Folmer*, zusammengefaßt.

## Deutsche Sozialdemokratische Partei Polnisch-Oberschlesiens

Beide Restgruppen der deutschen sozialdemokratischen Organisationen, sowohl die frühere SPD im Polnisch-Oberschlesien als auch die frühere SPÖ in Bieleitz-Biala, fanden nach der am 20. Oktober 1921 gefallenen Entscheidung über die Teilung Oberschlesiens sehr rasch zueinander. Bereits am 26. März 1922 wurde der Vereinigungsparteitag der sozialdemokratischen Organisationen Polnisch-Oberschlesiens und des Teschener Schlesiens in Kattowitz durchgeführt. Die neue Partei erhielt den Namen „Deutsche Sozialdemokratische Partei Polnisch-Oberschlesiens“. Die auf diesem ersten Parteitag deutscher Sozialisten in Polen beschlossenen Grundsätze legen ein beredtes Zeugnis ab von der nüchternen, jeder nationalen Emotion baren Einstellung zur Lage in dem neuentstandenen polnischen Staat. In der einstimmig beschlossenen Resolution wird gesagt, daß

„wir Sozialisten von der Prüfung der Grenzfrage Abstand nehmen, daß wir, d. h. die DSP, uns auf den Boden der realen Tatsachen, der Souveränität des polnischen Staates stellen, unseren Tätigkeitsbereich auf das Territorium der polnischen Republik beschränken und den innigsten Kontakt mit dem polnischen klassenbewußten Proletariat wie auch mit den anderen sozialistischen Parteien der Minderheiten Polens anstreben.“

Dieser Grundsatzbeschuß wurde dann auf dem Vereinigungsparteitag der später gegründeten Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens am 5./6. Oktober 1929 in die Präambel des Parteiprogramms übernommen, wobei zur Begründung angeführt wurde, daß die deutschen Sozialisten Polens

„gar nicht berufen sind, ja nicht einmal wünschen können, daß an die Prüfung der Grenzfrage herangetreten wird, von der Überzeugung ausgehend, daß im Rahmen des kapitalistisch regierten Europas eine Grenzrevision nur im Wege und als Folge des Krieges mit all seinen Vernichtungsauswirkungen möglich sei.“

### Die Entwicklung in Posen und Westpreußen

Die Organisation der deutschen Sozialisten in Polen blieb aber nicht auf den oberschlesischen Raum beschränkt. Auch in dem von Deutschland abgetrennten Gebiet von Posen und Pommerellen bzw. Westpreußen hatten sich die dort verbliebenen deutschen Sozialdemokraten verhältnismäßig schnell in die neue Situation hineingefunden. Allerdings nahm die Entwicklung beim Übergang dieser zwei preußischen Provinzen in den polnischen Staat einen anderen Verlauf als in Oberschlesien. Hier war der Regierungsbezirk Posen bereits im Dezember 1918 durch einen überraschenden Aufstand der Polen praktisch von Deutschland abgetrennt worden, wie überhaupt die Provinz Posen mit einer überwiegend polnischen Bevölkerung (61,5 % Polen und 38,5 % Deutsche im Jahre 1910) und einer vorwiegend landwirtschaftlichen Struktur schon immer ein schlechter politischer Boden für die Sozialdemokratie gewesen ist. Zählte doch die SPD in der ganzen Provinz Posen im Jahre 1914 nur 1027 Mitglieder.<sup>2</sup>

<sup>2</sup> Otto Heike: Die deutsche Arbeiterbewegung in Polen 1835—1945, S. 34.

Nach der Machtergreifung der Polen in Posen war hier an die organisatorische Arbeit einer deutschen Organisation zunächst nicht zu denken.

Hingegen entwickelte sich das Geschehen im Regierungsbezirk Bromberg und in der Provinz Westpreußen nach dem Kriegsende im November 1918 zunächst ähnlich wie in Oberschlesien. Auch in Bromberg hatten sich nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches ein Soldatenrat mit einem Unteroffizier namens *Haupt* und ein Arbeiterrat mit den Gewerkschaftssekretären Paul *Stössel* und Richard *Wende* sowie dem Mitglied des Bezirksvorstandes der SPD für Posen und Bezirksleiter des Bauarbeiterverbandes Wilhelm *Schulz* an der Spitze gebildet. Die beiden Räte schlossen sich dann zum Arbeiter- und Soldatenrat zusammen und sorgten fürs erste für Ruhe und Ordnung, wobei sie u. a. einen Sicherheitsdienst einrichteten. Dieser Sicherheitsdienst war etwa zur Hälfte von Deutschen und Polen besetzt, an seiner Spitze stand Hauptmann Just<sup>3</sup>. Außerdem gab es als Sammlungsbewegung der nicht sozialistischen Kräfte in Bromberg die deutschen Volksräte und den Polnischen Volksrat. Die Position der Sozialdemokratie war hier wohl stärker als im Gebiet von Posen, reichte aber an die Stärke der SPD in anderen Provinzen des Reiches nicht heran.

Eine unheilvolle Rolle spielte in den Bestrebungen der deutschen Organisationen um die Rettung Westpreußens für Deutschland der auf dem rechten Flügel der Deutschnationalen stehende Herausgeber des „Grenzboten“ Cleinow. Er versuchte sogar, die für die Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit verantwortlichen Männer Stoessel und Haupt vom Arbeiter- und Soldatenrat, den Regierungspräsidenten von Bülow und den Präsidenten der Eisenbahndirektion Halke in Schutzhaft zu nehmen. Dank der besonnenen Haltung dieser Männer und dem aus der Notlage heraus geborenen gemeinsamen Vorgehen der Arbeiter, Soldaten und nüchtern denkenden Führer des deutschen Bürgertums gelang es aber, die Umtriebe Cleinows zu unterbinden.

Ebenso wurden die angreifenden stark bewaffneten polnischen Verbände, die bereits als reguläre polnische Truppen angesehen werden mußten und die unter dem Kommando von General Dowbór-Muśnicki aus Kongreßpolen standen, von dem inzwischen aufgestellten Grenzschutz vor Bromberg aufgehalten. Den am 15. Januar 1919 in Bromberg erlassenen Aufruf zur Anwerbung Freiwilliger für den Grenzschutz haben für den Arbeiter- und Soldatenrat Stoessel und Haupt unterzeichnet.

Die Bemühungen um die Erhaltung des noch nicht von den Polen besetzten Gebietes für Deutschland wurden von den sozialdemokratischen Vertretern auf allen Ebenen jederzeit unterstützt. Als dann aus den am 7. Mai 1919 an die deutsche Delegation in Versailles übergebenen Friedensbedingungen bekannt wurde, daß neben dem Posener Gebiet auch der Netzedistrikt mit Bromberg und der größte Teil von Westpreußen an Polen abgetreten werden müsse, wandte sich der Vollzugsausschuß des Bromberger Arbeiter- und Soldaten-

---

<sup>3</sup> Gerhard Ohlhoff: „Die Geschichte Brombergs vom Kriegsende 1918 bis zur Übergabe an den polnischen Staat 1920.“ In der Zeitschrift „Bromberg“, Nr. 28/1968: Verlag der Bidegast-Vereinigung 1969.

rates in einem Telegramm an die Friedenskonferenz und an den amerikanischen Präsidenten Wilson „im Namen aller Gebiete und Menschen des Bromberger Regierungsbezirks“ leidenschaftlich gegen diese Friedensbedingungen. Außerdem wurde der internationale Sozialismus vom Arbeiter- und Soldatenrat zur Abwendung der Gewaltlösung aufgerufen, zugleich aber auch neues Blutvergießen abgelehnt.

Demgegenüber rief die inzwischen gebildete bürgerliche Deutsche Vereinigung „zur unbedingten Bereitschaft zum bewaffneten Einsatz auf, wenn dieses als letztes Mittel notwendig sein sollte“. Als letzten Versuch einer friedlichen Regelung zog der Arbeiter- und Soldatenrat in seiner Sitzung am 27. Mai 1919 noch eine Volksabstimmung in Betracht. Dieser Plan konnte selbstverständlich nicht durchgeführt werden, wie überhaupt die Ereignisse über jeden weiteren deutschen Widerstand hinweggingen.

Am 10. Januar 1920 wurden in Paris die Ratifikationsurkunden des Versailler Vertrages ausgetauscht, die Übernahme der Verwaltung in Bromberg und in den Polen zugesprochenen Teilen Westpreußens durch den polnischen Staat vollzog sich dann in den darauffolgenden Tagen. Am 13. Januar löste sich der Arbeiterrat auf, an dessen Spitze noch immer der Gewerkschaftssekretär Stoessel stand. Der Soldatenrat hatte schon früher seine Tätigkeit eingestellt.

Die in den an Polen gefallen Gebieten von Posen, Bromberg und dem jetzt Pommerellen genannten Westpreußen zurückgebliebenen Sozialdemokraten und Gewerkschaftler setzten ihr Organisationsleben, den neuen Verhältnissen entsprechend, fort. Die deutschen Gewerkschaften blieben zunächst erhalten, die Sozialdemokraten fanden sich in der neugebildeten „Deutschen Sozialdemokratischen Partei für Posen und Pommerellen“ zusammen.

Allerdings hatte die deutsche Arbeiterbewegung in Posen-Pommerellen ebenso wie das gesamte Deutschtum in diesem Gebiet große Einbußen durch den Abzug vieler Deutscher in das Reich zu verzeichnen. Die Bindungen verschiedener Art (Sozialversicherung, Beamtenrechte, gewerkschaftliche Organisationen usw.) waren auch für viele Arbeitnehmer Grund genug, die Heimat zu verlassen.

An die Spitze der deutschen Sozialdemokraten in Posen-Pommerellen traten jetzt die Redakteure der Bromberger „Volkszeitung“, Artur Pankratz und Zittlau, beide aus Bromberg. Die Wahl zum Warschauer Sejm, dem polnischen Parlament, im Jahre 1922, machte die Deutsche Sozialdemokratische Partei für Posen-Pommerellen gemeinsam mit den anderen deutschen Gruppierungen im Minderheitenblock mit, wobei Artur Pankratz als Abgeordneter in den Sejm gewählt wurde.

Sehr schnell nahmen die deutschen Sozialdemokraten von Posen-Pommerellen Kontakt mit den deutschen sozialdemokratischen Organisationen in Polnisch-Oberschlesien und dem Teschener Schlesien auf. Schon im Jahre 1923 kam es zur Vereinigung als „Deutsche Sozialdemokratie Polens“. Jede Bezirksgruppe besaß ein eigenes Parteiorgan: In Kattowitz war es die Tageszeitung „Volks-

wille“, in Bielitz die zweimal wöchentlich erscheinende „Volksstimme“ und in Bromberg das Wochenblatt „Volkszeitung“.

### Die Entwicklung in Polnisch-Oberschlesien

Die deutsche Sozialdemokratie in Polnisch-Oberschlesien konnte bei ihrer Vereinigung mit der Bezirksorganisation des Teschener Schlesiens im Jahre 1922 einen Bestand von 36 Ortsvereinen mit 2 684 Mitgliedern aufweisen.

Das größte Positivum der deutschen Sozialdemokraten in Polnisch-Oberschlesien nach der Teilung des Landes war der Besitz der Tageszeitung „Volkswille“ in Kattowitz. Dieses sozialdemokratische Blatt wurde im Jahre 1916 ins Leben gerufen, nachdem kurz zuvor von der deutschen Sozialdemokratie eine Genossenschaft gegründet worden war. Die Bedeutung, die man dem „Volkswillen“ damals beimaß, ist u. a. daran zu erkennen, daß für die Zeitung vom „Schlesischen Ausschuß“ im September 1920 eine moderne Druckerei in Kattowitz eingerichtet wurde. In dieser Zeit wurden dem „Volkswillen“ als Kopfblätter das dreimal wöchentlich erscheinende „Freie Wort – Sozialistische Wochenschau für Neiße, Neustadt und Falkenberg“ sowie die „Oberschlesische Freie Presse“ in Königshütte beigelegt.

So wie der „Volkswille“ beim Abstimmungskampf in Oberschlesien eine wichtige Rolle spielte, so erfüllte er auch jetzt in dem polnisch gewordenen Teil des Landes eine den neuen Umständen entsprechende wichtige Aufgabe. Unerschrocken trat er jetzt gegen jede Benachteiligung des deutschen Bevölkerungsteiles durch die polnischen Stellen auf, aber auch die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft wurden von ihm nach wie vor mit aller Entschiedenheit vertreten.

Die redaktionelle Leitung hatte zunächst Chefredakteur Okonski inne, der aber Anfang der zwanziger Jahre durch Johann Kowoll abgelöst wurde. Als Kopfblätter des „Volkswille“ erschienen in den ersten Jahren nach der Teilung des Landes der „Rybniker Anzeiger“, die „Laurahütter-Siemianowitzer Zeitung“, der „Anzeiger für den Kreis Pleß“ und der „Myslowitzer Anzeiger“<sup>4</sup>. Infolge der veränderten politischen Verhältnisse konnte der „Volkswille“ seinen Besitzstand jedoch nicht halten. Die Druckerei ging bald an eine Aktiengesellschaft über, die auch die „Kattowitzer Zeitung“, das Organ des Deutschen Volksbundes in Polnisch-Oberschlesien, herausgab. Nach einiger Zeit mußten die Kopfblätter des „Volkswille“ eingestellt werden. Er erschien zunächst fünfmal wöchentlich, in der Regel sonntags mit zwölf und wochentags mit acht Seiten.

Die Bedeutung des „Volkswille“ im kulturellen Bereich der deutschen Minderheit in Polen charakterisiert Maria Jaekel in ihrer 1933 erschienenen Dissertation u. a. wie folgt<sup>5</sup>:

<sup>4</sup> Aus einem Vorabdruck aus dem „Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Breslau“, Band V.

<sup>5</sup> Maria Jaekel: Die kultur- und volkspolitische Wirksamkeit der deutschen Presse in Ostoberschlesien von 1919—1932. Dissertation. Kattowitz 1933.

„Die Untersuchung des ‚Volkswillens‘ auf seine kultur- und volkspolitische Wirksamkeit hin zeigt in erster Linie die Sonderstellung, die das sozialistische Blatt innerhalb der Minderheitspresse einnimmt, und die es sich durch seine Haltung und Stellungnahme selbst geschaffen hat. Damit ist kein Werturteil über die Arbeit der Zeitung zu verbinden, es wird im Gegenteil der Kenner der oberschlesischen Volkspolizei dem ‚Volkswillen‘ testieren müssen, daß er bei seiner kulturpolitischen Arbeit recht geschickt an den oberschlesischen Kumpel heranzukommen versteht und daß der oft polternde oder bissige Ton allen und jedem gegenüber den Massen gefällt und sie die deutsche und nicht die polnische sozialistische Zeitung lesen läßt.

Der ‚Volkswille‘ verfügte in den letzten Jahren über einen guten feuilletonistischen Teil, wenn auch die sozialistische Tendenz darin überdeutlich wurde. Schon der Romanteil hatte nicht das übliche Zeitungsromanniveau, er war auf Literatur eingestellt. Einige Namen seien hier genannt: Droste-Hülshoff ‚Die Judenbuche‘, Dostojewski ‚Raskolnikow‘, Upton Sinclair ‚König Kohle‘, Emile Zola ‚Totschläger‘. Der sozialistische Redakteur hat den Vorteil, offen sagen zu dürfen, daß er seinen Leser zu einer gewissen Bildung führen will, während der Redakteur der bürgerlichen Presse meistens peinlich jeden Ausdruck des Zweifels an der Belesenheit und Vertrautheit seiner Leserschaft mit guter Literatur, guter älterer Literatur — allerdings vielfach gegen besseres Wissen — zu vermeiden gezwungen ist. Die wöchentlich erscheinende Unterhaltungsbeilage diente zwar ebenfalls sozialistischer Tendenz, es wurde diese Tendenz aber verfochten, indem der Leser Schriftsteller und Dichter von literarischem Wert kennenlernte. Man könnte hier Namen nennen wie Henri Barbusse, Ilja Ehrenburg, Sostschenko, Thomas Mann, Stefan Zweig, Alfred Polgar. Es ist schon einmal angedeutet worden, wie leicht es die sozialistische Zeitung durch den literarischen Dienst des Sozialdemokratischen Pressedienstes hat, sich ohne Aufwendung von Mühe und finanziellen Opfern ein bei aller Tendenz beachtliches Feuilleton zu schaffen.

Auch in der Frauen- und Jugendbeilage stand die klassenkämpferische Idee an erster Stelle, der Wille, Bereicherung der Kenntnisse und Bildung zu vermitteln, trat deutlich hervor.

Eine Beilage ‚Das proletarische Kind‘ erscheint recht wertvoll. Sie war nicht für die Hand des Kindes bestimmt, sondern sollte den Eltern Aufklärung und Richtlinien in Fragen der Kindererziehung vermitteln.“

Doch der nationalsozialistische Umsturz in Deutschland brachte für das deutsche sozialdemokratische Blatt in Polnisch-Oberschlesien einen schweren Rückschlag. Der „Volkswille“ mußte sein tägliches Erscheinen einstellen. Kurze Zeit danach wurde er Kopfblatt der „Lodzer Volkszeitung“.

Im Teschener Schlesien, das bereits Ende 1918 zu Polen kam, zählte die deutsche sozialdemokratische Organisation bei ihrem 1922 erfolgten Zusammenschluß mit dem Kattowitzer Bezirk 2511 Mitglieder. Mittel- und Ausgangspunkt der deutschen sozialistischen Bewegung war hier der noch aus der österreichischen Zeit bestehende sozialdemokratische Wahlverein „Vorwärts“, der in Bielitz ein deutsches Arbeiterheim mit einem großen und kleinen Versammlungsraum sowie die zweimal wöchentlich erscheinende „Volksstimme“ unterhielt.

Da der Anteil der Deutschen an der Gesamtbevölkerung im Teschener Schlesien verhältnismäßig hoch war und die deutschen Sozialisten gut organisiert waren, fiel ihre Bedeutung für das öffentliche Leben hier viel stärker ins Gewicht als in Polnisch-Oberschlesien. So waren die deutschen Sozialisten ausschlaggebend in den überwiegend deutschen Textilarbeitergemeinden von Alt-Bielitz und Alexanderfeld bei Bielitz und hatten auch in der Stadtverwaltung von Bielitz selbst bis zum Aufkommen diktatorischer und nationalsozialistischer Tendenzen bedeutenden Einfluß. U. a. war der deutsche Sozialistenführer Johannes Lukas seit 1919 Sekretär des Textilarbeiterverbandes und Parteisekretär, von 1922 bis 1925 stellvertretender Bürgermeister und von 1925 bis 1937 Bürgermeister der Gemeinde Alt-Bielitz.

In Alexanderfeld, wo seit 1922 eine deutsche sozialistische Mehrheit bestand, waren von 1922 bis 1929 die deutschen Sozialdemokraten Johann Mlynski und Karl Brandes und von 1929 bis zur Eingemeindung im Jahre 1938 Johann Karch Bürgermeister. Die parteipolitische Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung von Alexanderfeld war 1938: Elf Sozialisten, vier Deutschbürgerliche und zwei polnische Bürgerliche.

Aber diese überwiegend deutsche Textilarbeitergemeinde war den halbfaschistischen polnischen Regierungsstellen schon immer ein Dorn im Auge. Am 31. März 1938 wurde Alexanderfeld in die Stadt Bielitz eingemeindet, der bisherige Gemeinderat wurde aufgelöst. Vom Wojewodschaftsamt wurden in die Stadtverordnetenversammlung von Bielitz nur ein Vertreter der deutschen Sozialisten (Johann Karch) und ein Vertreter der deutschen Bürgerlichen, dagegen drei Polen berufen.

Auch in der Stadt Bielitz war der Einfluß der deutschen Sozialisten recht beachtlich. Bei den Stadtverordnetenwahlen im Dezember 1929 errangen sie acht, die bürgerliche Deutsche Wahlgemeinschaft erzielte elf, der Deutsch-Soziale Wahlblock drei Mandate, während die Polen acht und die Juden sechs Sitze errangen. Trotz der überwiegenden deutschen Mehrheit wurde der Pole Dr. Kobiela zum Bürgermeister gewählt. Stellvertretende Bürgermeister wurden der deutschbürgerliche Vertreter Karl Fuchs und der deutsche Sozialist Folmer. Folmer blieb stellvertretender Bürgermeister von Bielitz bis zum Jahre 1938. Er wurde nach der inzwischen erfolgten Neuwahl der Stadtverordnetenversammlung von dem Vorsitzenden der nationalsozialistischen Jungdeutschen Partei, Wiesner, abgelöst.

Das politische Schwergewicht lag jedoch in dem nach der Abstimmung im Jahre 1921 an Polen gefallenem östlichen Teil Oberschlesiens. Auch konnten hier in bezug auf die deutsche Arbeiterbewegung manche berechtigten Hoffnungen gehegt werden.

Auf Grund der Genfer Konvention mußte die polnische Regierung dem an Polen gefallenem Teil Oberschlesiens weitgehende Autonomie mit einem eigenen Landesparlament, dem „Sejm“, einräumen. In dieses Sonderrecht wurde auch das früher österreichische Teschener Schlesien einbezogen.



## Der Stimmanteil der deutschen Sozialisten in Polnisch-Oberschlesien

Bei den Wahlen zum ersten Schlesischen Sejm am 22. September 1922 wurden für die Liste der Deutschen Sozialdemokratischen Partei in den zwei Wahlbezirken Polnisch-Oberschlesiens 19 789 und im Wahlbezirk des Teschener Schlesiens 5 970, zusammen also 25 759 Stimmen (6,7 %) abgegeben<sup>6</sup>. Die beiden deutsch-bürgerlichen Parteien „Deutsche Katholische Volkspartei“ und „Deutsche Partei“ erzielten 83 750 Stimmen (21,6 %), davon im Teschener Schlesien 21 032 Stimmen. Für die Polnische Sozialistische Partei (PPS) wurden 65 493 Stimmen abgegeben. Insgesamt betrug die Zahl der abgegebenen gültigen Stimmen 386 592. Von der deutschen sozialdemokratischen Liste wurden Karl *Buchwald* und Johann *Kowoll* gewählt. Die Deutschbürgerlichen erzielten zwölf, die PPS acht Mandate.

Bei der Wahl zum zweiten Schlesischen Sejm am 11. Mai 1930 erzielte die Liste der deutschen Sozialisten 25 513 (4,9 %) Stimmen, die Liste der deutschen bürgerlichen Parteien 180 246 (30,0 %) und die PPS 52 653 (8,8 %) Stimmen. Insgesamt wurden 601 672 gültige Stimmen abgegeben. Obgleich die deutschen Sozialisten fast die gleiche Stimmenzahl wie 1922 erreichten, fiel ihnen bei dieser Wahl zum zweiten Schlesischen Sejm jedoch nur ein Mandat zu, das Dr. Siegmund *Glücksman*n, der Bezirksvorsitzende in Bielitz, erhielt. Die deutschen Bürgerlichen erzielten fünfzehn, die PPS vier Mandate.

In dieser Zeit wurde in Polnisch-Oberschlesien bereits die undemokratische Herrschaft Pilsudskis spürbar. Da das Wahlergebnis zum zweiten Schlesischen Sejm den Erwartungen der Regierungspartei nicht entsprach, wurde der Sejm nach wenigen Wochen aufgelöst und am 23. November 1930 neu gewählt. In der Zwischenzeit setzten gegen die sozialistische Opposition und gegen die deutschen Parteien Terrormaßnahmen ein, die zur Folge hatten, daß die Opposition jetzt nur noch eine geringe Anzahl von Mandaten erringen konnte. Dank dem Umstand jedoch, daß im Wahlkreis Rybnik-Pleß-Teschen die deutsch-bürgerliche Wahlliste für ungültig erklärt worden war und die Deutschen dieses Wahlkreises ihre Stimme für die deutsch-sozialistische Liste abgaben, brachten es die deutschen Sozialisten auf 27 256 Stimmen (2 602 Stimmen in Kattowitz, 3 831 in Königshütte und 20 823 Stimmen in Rybnik-Pleß-Teschen). Gewählt wurden wieder die Abgeordneten *Kowoll* und Dr. *Glücksman*n.

Die bürgerliche Deutsche Wahlgemeinschaft („Deutsche Katholische Volkspartei“ und „Deutsche Partei“) erhielt 72 900 Stimmen und sieben Mandate, die PPS 22 467 Stimmen und ein Mandat. Die Gesamtzahl der abgegebenen gültigen Stimmen betrug 544 075.

Im September 1935 wurde zum vierten Mal zum Schlesischen Sejm gewählt. Die bisherige demokratische Wahlordnung wurde jedoch im Sommer 1935 von der halbfaschistischen Regierung in Warschau außer Kraft gesetzt und eine

<sup>6</sup> Henryk Rechowicz hat in seiner Untersuchung „Sejm Slaski 1922—1939“, erschienen 1965 in Kattowitz, der Deutschen Sozialdemokratischen Partei nur die 19 789 Stimmen in den zwei ober-schlesischen Wahlbezirken und nicht auch die 5 970 Stimmen des Teschener Schlesiens angerechnet. S. 45 und 293.

neue Wahlordnung verfügt, deren Gültigkeit auch auf die Wahl zum Schlesischen Sejm ausgedehnt wurde. Auf Grund dieser Wahlordnung wurde das Wahlalter von 21 auf 24 Jahre hinaufgesetzt und eine offen antidemokratische Aufstellung der Kandidatenlisten verfügt. Den politischen Parteien wurde das Recht zur Einreichung ihrer Kandidatenlisten entzogen, vielmehr wurden die Listen von sogenannten Bezirksversammlungen aufgestellt, zu welchen die territorialen und wirtschaftlichen Selbstverwaltungen sowie die Berufsverbände ihre Vertreter entsandten. Diese Verbände aber wurden von der Regierungspartei beherrscht, so daß nur Angehörige der Regierungspartei als Kandidaten gewählt werden konnten. Die demokratischen Parteien waren somit in dem letzten Schlesischen Sejm nicht mehr vertreten. Die Bevölkerung gab ihren Unwillen über diese undemokratischen Methoden dadurch kund, daß 40 Prozent der Stimmberechtigten die Wahlen entweder boykottierten oder ungültige Stimmen abgaben <sup>7</sup>.

Die Stärke der deutschen Sozialisten in Polnisch-Oberschlesien war außer bei den Parlamentswahlen besonders auch bei den Kommunalwahlen zu erkennen, so lange in Polen noch die demokratischen Grundsätze eingehalten wurden. Das war insbesondere bei den Gemeinderatswahlen in Polnisch-Oberschlesien am 14. November 1926 der Fall.

Bei diesen Wahlen fielen auf die deutschen Sozialisten und die Deutschbürgerlichen folgende Stimmen und Mandate:

	Deutsche Sozialisten		Deutsche Wahlgemeinschaft	
	Stimmen	Mandate	Stimmen	Mandate
Kattowitz	3 380	5	22 133	29
Könighütte	3 234	6	19 015	32
Chorzow	537	1	2 623	7
Eichenau	639	1	1 486	4
Emanuelssegen	105	1	277	4
Pless	—	—	1 522	14
Ober-Lazisk	—	7	—	—

	Deutsche Sozialisten		Deutsche Wahlgemeinschaft	
	Stimmen	Mandate	Stimmen	Mandate
Mittel-Lazisk	—	3	—	3
Orzesche	—	6	—	4
Nikolai	652	4	1 542	11
Podlesie-Kostuchna	—	3	—	3
Michalkowitz	1 318	4	340	1
Siemianowitz	—	5	—	11
Bismarckhütte	618	1	5 980	14
Myslowitz	291	1	3 522	13
Schwientochlowitz	589	1	4 482	11

<sup>7</sup> Henryk Redowicz: Sejm Slaski 1922—1939, Kattowitz 1965, S. 271.

## *Deutsche sozialistische Organisation in Mittelpolen*

Auch in dem im 19. Jahrhundert zu Rußland gehörenden Mittelpolen, dem sogenannten Kongreßpolen, kam es nach 1918 sehr rasch zu einer Organisation der deutschen Arbeiterschaft. Hier gab es viele deutsche Werkstätige, vor allem in den Textilstädten des Lodzer Industriebezirks und in dem weiter östlich gelegenen Gebiet von Bialystok. Diese deutschen Arbeiter hatten eine reiche Tradition des gemeinsamen Kampfes mit den polnischen und jüdischen Sozialisten gegen die Ausbeutung und die zaristische Herrschaft.

Als Ende 1921 unter den Deutschen in Lodz für die im Herbst 1922 zu erwartenden Parlamentswahlen vorbereitende Besprechungen geführt wurden, wurde das Fehlen einer deutschen politischen Arbeiterorganisation stark empfunden. In dieser Situation traten zwei junge Männer hervor, die von dem zum Durchbruch gekommenen sozialistischen Geist erfaßt waren: der während seiner Studienzeit in Deutschland zur Sozialdemokratie gestoßene junge Dipl.-Ing. Emil Zerbe und der Rechtsstudent Artur Kronig. Diese scharten einen Kreis von deutschen Arbeitern und Angestellten um sich und schalteten sich kräftig in die politisch-organisatorischen Vorbereitungsarbeiten der Deutschen ein.

Man beschloß, eine politische Organisation der deutschen Werkstätigen zu gründen, was am 19. Januar 1922 auf einer öffentlichen Versammlung im Lokal des „Vereins deutschsprechender Meister und Arbeiter“ in Lodz geschah. Die neue Organisation erhielt den Namen „Deutsche Arbeitspartei Polens“ (DAP).

Über die Zielsetzung der Deutschen Arbeitspartei Polens heißt es in der am 22. März 1922 erschienenen Schrift der Partei „Die Arbeit“ u. a.:

„Die Masse der Deutschen in Kongreßpolen ist politisch indifferent und organisiert. Sie ist es nicht etwa deshalb, weil sie zu politischem Denken und politischer Organisation nicht fähig wäre, sondern deshalb, weil diejenigen, die sich zu Führern des Deutschtums berufen fühlten, ihre Aufgabe völlig verkannt und eine falsche Richtung eingeschlagen haben. Diese Richtung müssen wir ändern, wollen wir unser Volkstum nicht der völligen Versumpfung entgegenführen. Die Arbeit unserer bisherigen Führer war nach außen hin gerichtet; sie war Kampf gegen das polnische Volk, den vermeintlichen Feind unseres Volkstums, ein Kampf, der nicht immer nur Abwehr, sondern leider oft verletzender Angriff war. Man proklamierte den Kampf um die Wahrung unserer heiligsten Rechte — und vergaß darüber ganz und gar den Gegenstand, dem dieser Kampf galt, das deutsche Volk, das man im Sumpfe stecken ließ. . . .

. . . Die Deutsche Arbeitspartei Polens will eine Politik der Verständigung und des Friedens mit dem polnischen Volke in die Wege leiten. Die arbeitende deutsche Bevölkerung Polens hat kein Interesse an dem Aufpeitschen der nationalen Leidenschaften, an dem beiderseitigen Haß und dem ewig währenden Streit. Sie ist im Gegenteil auf ein friedliches Nebeneinanderleben mit der polnischen Mehrheit angewiesen.“

Die Gründung der Deutschen Arbeitspartei fand unter den deutschen Industriearbeitern, Angestellten, Meistern und Handwerkern in Lodz und den umliegenden Städten großen Anklang. Auch die in den Revolutionsjahren von

1905/07 in der Sozialdemokratie Polens und Litauens<sup>8</sup> organisiert gewesenen Kreise der deutschen Arbeiterschaft, die dieser Neugründung anfänglich skeptisch gegenüberstanden, gaben ihren Widerstand schon nach kurzer Zeit auf und traten geschlossen der neuen Organisation bei, ihren führenden Mann Oskar Seidler in den Vorstand der DAP entsendend. Die neu hinzugestoßenen Kreise mit alter sozialdemokratischer Tradition legten Wert auf eine klare sozialistische Linie, welchem Verlangen von der Parteileitung auch stattgegeben wurde.

Bei den Parlamentswahlen im November 1922 erzielte die DAP einen beachtlichen Erfolg. Die Deutschen Mittelpolens bildeten für diese Aktion einen Deutschen Volksrat, an welchem auch die DAP führend beteiligt war. Von der DAP wurden als Abgeordnete in den Sejm gewählt: Artur Kronig in der Stadt Lodz, Emil Zerbe von der Staatsliste.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Lodz im Jahre 1923 wurden zwei deutsche Listen aufgestellt: Die Liste der DAP erhielt 11 421 Stimmen und fünf Mandate, die der bürgerlichen Gruppe rund 5 000 Stimmen und zwei Mandate.

Die Ausbreitung der Partei auf die Städte Mittelpolens, in welchen Deutsche in größerer Zahl wohnten, ging schnell vonstatten. Es entstanden Ortsgruppen in Zgierz, Konstantynow, Tomaszow, Alexandrow, Pabianice, Zdunska-Wola, Ozorkow, später auch in Zyrardow, Bialystok, Belchatow, Ludwikow, Nowo-Zlotno, Ruda-Pabianicka und Chojny. Auf dem 3. Bezirksparteitag im Juni 1926 wurde berichtet, daß die Partei durch Wahlen im ganzen Gebiet 32 Mandate in den kommunalen Selbstverwaltungen Mittelpolens errungen hat. In der späteren Zeit stellte die Partei in den Städten Alexandrow, Konstantynow und Tomaszow sogar den stellvertretenden Stadtpräsidenten (Oberbürgermeister) bzw. Bürgermeister. Stellv. Bürgermeister in Alexandrow bei Lodz war Alexander Bengsch, der allerdings nach einigen Jahren die DAP verließ; in Konstantynow war stellvertretender Bürgermeister bis etwa 1930 der Lehrer Gellert, später der Tischlermeister Wilhelm Heidrich; in Tomaszow war, allerdings nur drei Jahre, Alfred Weggi stellv. Stadtpräsident in der sozialistisch regierten Stadt.

Einen großen Erfolg errang die Organisation bei den Stadtverordnetenwahlen in Lodz am 9. Oktober 1927, als ihr mit 16 643 Stimmen sieben Stadtverordnetenmandate zufielen, während es die deutsch-bürgerliche Wahlliste nur auf 7 365 Stimmen und drei Mandate bringen konnte. Die deutschen Sozialisten besetzten in dem neu gebildeten rein sozialistischen Magistrat das wichtige Amt des Schöffen bzw. Stadtrates der Steuerabteilung (Ludwig Kuk) und das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung (Reinhold Klim).

---

<sup>8</sup> Die Sozialdemokratie Polens und Litauens hat nach der Wiedererstehung Polens Ende 1918 als Partei zu bestehen aufgehört. Nach wenig erfolgreichen Bemühungen um größeren Einfluß in der polnischen Arbeiterschaft bildete sie sich gemeinsam mit der PPS-Linken im Dezember 1918 zur Kommunistischen Partei Polens um.



Abb. 57: Das Führungsgremium der DSAP im Teschener Schlesien  
(vgl. „Erläuterungen zu den Abbildungen“ im Anhang dieses Buches)

Die Partei konnte auch in den nächsten Jahren ihre Positionen in den Kommunalverwaltungen des Lodzer Bezirks im großen und ganzen halten. So besaß sie im Jahre 1934 in den Städten Mittelpolens noch 24 Stadtverordnete und fünf Stellvertreter. In diesem Jahr wurden jedoch von der Pilsudski-Regierung im Zuge der verschärften Diktaturmaßnahmen alle sozialistischen Magistrate aufgelöst. Das bedeutete für die Partei der deutschen Sozialisten eine schwere Einbuße in ihrer Einflußsphäre, insbesondere in der Stadt Lodz, wo sie dank ihrer sieben Stadtverordnetenmandate eine wichtige Position innehatte. Bei den später folgenden Gemeindewahlen konnte die Partei nur noch geringen Einfluß gewinnen. So fielen ihr bei den Stadtverordnetenwahlen in Lodz im Jahre 1936 trotz Wahlsieges der sozialistischen Liste nur ein Mandat (Emil Zerbe) und 1938 zwei Mandate (Emil Zerbe und Eduard Ganzke) zu.

#### *Deutsche Sozialistische Arbeiterpartei Polens*

Inzwischen waren Bemühungen um den Zusammenschluß der deutsch-sozialistischen Organisationen aller Teilgebiete Polens (Oberschlesien, Teschener-

Schlesien, Posen-Pommerellen und Mittelpolen) unternommen worden. Auf einer im August 1925 in Königshütte stattgefundenen Konferenz wurde grundsätzlich beschlossen, die Parteien in Bieliz, Kattowitz, Bromberg und Lodz zu einer einheitlichen Organisation zusammenzuschließen, sie „Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens“ zu benennen und ihren Sitz nach Lodz zu verlegen. Da aber die Kattowitzer Bezirksgruppe Lodz als Hauptsitz der Partei nicht anerkennen wollte, verzögerte sich der praktische Zusammenschluß, wenngleich der neue Name bereits von allen Bezirksorganisationen geführt wurde.

Erst am 5. und 6. Oktober 1929 ist es auf dem Vereinigungsparteitag in Lodz offiziell zum organisatorischen Zusammenschluß der DSAP gekommen. Die zwei schlesischen Bezirke brachten 37 Ortsvereine mit rund 6 000 Mitgliedern, der Bezirk Mittelpolen 18 Ortsgruppen mit rund 4 500 Mitgliedern in die Gesamtorganisation ein. Vorsitzender wurde der Sejmabgeordnete Artur Kronig (Lodz), stellvertretende Vorsitzende wurden: Johann Kowoll (Kattowitz) und Dr. Siegmund Glücksmann (Bielitz). Vom Vereinigungsparteitag im Jahre 1929 wurde ein Parteiprogramm beschlossen, dessen Kernpunkt u. a. die Forderung nach national-kultureller Autonomie für alle nationalen Minderheiten Polens war. Doch bereits seit dem Beschluß vom August 1925 wurden grundsätzliche Stellungnahmen von der DSAP gemeinsam abgegeben, so die Aufrufe zum 1. Mai usw.

Für die weitere Stellung der DSAP innerhalb des Gesamtdeutschtums in Polen waren die Parlamentswahlen am 4. und 11. März 1928 von entscheidender Bedeutung. Da einige Forderungen der Partei von den deutschen bürgerlichen Gruppen nicht erfüllt wurden, beschloß die Parteileitung, die Wahl nicht mehr zusammen mit den anderen nationalen Minderheiten in einem gemeinsamen Wahlblock mitzumachen, sondern ging mit der Polnischen Sozialistischen Partei (Polska Partia Socjalistyczna — PPS) ein Wahlbündnis ein, nachdem ihr zwei sichere Stellen auf der Kandidatenliste zugewilligt und auch verschiedene kulturelle Forderungen von der PPS als für sich verpflichtend übernommen wurden. Ein vorher unternommener Versuch, einen Wahlblock der sozialistischen Gruppen der nationalen Minderheiten zu bilden, scheiterte an dem Streit der jüdisch-sozialistischen Parteien „Bund“ und „Poalej-Zion“ untereinander. Die zwei bisherigen deutsch-sozialistischen Sejmabgeordneten Dipl.-Ing. Emil Zerbe und Artur Kronig wurden wiedergewählt.

Inzwischen hatte sich die Bezirksorganisation Bromberg von der gemeinsamen deutsch-sozialistischen Organisation gelöst, da sie das Zusammengehen der DSAP mit der Polnischen Sozialistischen Partei bei den Parlamentswahlen im Jahre 1928 ablehnte und die Wahl wieder im Minderheitenblock mitmachte. Der auf der Liste des Minderheitenblocks zum Sejmabgeordneten wiedergewählte Führer dieser Gruppe Arthur Pankratz gründete aufs neue die „Deutsche Sozialdemokratische Partei Polens“ mit dem Sitz in Bromberg. Vorsitzender wurde Arthur Pankratz (Bromberg), stellvertretender Vorsitzender Neumann (Thorn), Sekretär Zittlau (Bromberg).

Nach der Machtergreifung Hitlers in Deutschland schwenkte die von

Pankratz angeführte Bromberger Gruppe weitgehend zum Nationalsozialismus über. Das ging so weit, daß sie sogar aus ihrem Namen das Wort „sozialdemokratisch“ herausnahm und ihr Blatt nunmehr „Deutsche Volkszeitung“ nannte. Sie schrumpfte in der Folge zur Bedeutungslosigkeit zusammen.

Bei den Ende 1930 stattgefundenen Sejm- und Senatswahlen, die die DSAP in dem von den Sozialisten bis zur Bauernpartei „Piast“ reichenden Zentro-linksblock mitmachte und die infolge der undemokratischen Wahlmethoden der Regierungspartei mit einer schweren Niederlage der Opposition endeten, verlor auch die DSAP ihre seit 1922 innegehabten Sitze im Warschauer Sejm. Das war für die Partei angesichts der wegen ihres Wahlbündnisses mit den polnischen Parteien gegen sie gerichteten Angriffe der deutschen bürgerlichen Parteien ein schwerer Schlag, der allerdings dadurch gemildert wurde, daß in Mittelpolen auch der Deutsche Volksverband alle seine Sitze im Sejm verlor und nur noch ein Senatsmandat retten konnte. Die Position der DSAP war aber insbesondere in Mittelpolen nichtsdestoweniger dadurch noch recht stark, als sie an sozialistischen Magistraten in Lodz und in einigen kleineren Städten weiterhin maßgeblich beteiligt war.

Auf seinem Parteitag am 31. Mai 1932 konnte der Bezirksverband Mittelpolen den Bestand von 16 Ortsgruppen sowie fünf Vertretern in sozialistischen Stadtverwaltungen bei insgesamt 24 Stadtverordneten der DSAP in verschiedenen Städten melden. Auf dem Parteitag des oberschlesischen Bezirkes in Königshütte am 24. April 1932 wurde die Zahl von 48 Ortsgruppen, davon elf neugegründete, und ein Mitgliederstand von 5 429 angegeben.

### *Aus der politischen Arbeit*

#### Partei des internationalen Sozialismus

Die Entwicklung der DSAP zu einer Partei des internationalen Sozialismus bei aller Wahrung ihrer Eigenart als Organisation einer nationalen Minderheit fand ihren Ausdruck in dem Beitritt zur Sozialistischen Internationale im Jahre 1925. Dieser Schritt der DSAP wurde auf dem Kongreß der Internationale in Marseille bekanntgegeben und vom Parteitag in Lodz am 26./27. Juni 1932 bestätigt.

Das Wirken der DSAP in der Sozialistischen Internationale und über die Grenzen Polens hinaus brachte natürlicherweise auch engere Kontakte zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Diese Kontakte wurden zum erstenmal weithin sichtbar durch die Anwesenheit des damaligen Reichstagspräsidenten Paul Löbe auf dem 5. Bezirksparteitag der DSAP in Lodz am 16. Januar 1927. Paul Löbe hielt auf einer Großkundgebung im Saale der Lodzer Philharmonie eine weithin beachtete Rede.

Am Vereinigungsparteitag der DSAP in Lodz im Jahre 1929 nahm als Vertreter der SPD der später beim Machtantritt Hitlers von den braunen Schergen ermordete Reichstagsabgeordnete Johannes Stelling teil. Von prominenten

deutschen Sozialdemokraten weite später noch wiederholt in Lodz und anderen Orten der Reichstagsabgeordnete und deutsche Sekretär der Sozialistischen Internationale Artur Crispian. Vom oberschlesischen Bezirk der DSAP wurde bis zum Jahre 1933 verständlicherweise ein enger Kontakt mit der SPD im deutschen Teil Oberschlesiens unterhalten, während der Bielitzer Bezirk seine Bindungen aus gemeinsamer Vergangenheit vor allem mit den österreichischen und den sudetendeutschen Sozialisten aufrechterhielt.

### Zusammenarbeit mit den Sozialisten anderer Nationalitäten

Mit Mut und Geschick vertraten die deutschsozialistischen Vertreter sowohl die Forderungen der gesamten Arbeiterschaft als auch die besonderen Belange der deutschen Minderheit in Polen. Losgelöst von nationalistischem Denken fanden sich die deutschen Sozialisten bald mit ihren Kampfgenossen aus der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS), dem jüdisch-sozialistischen Bund und den sozialistischen Parteien der Ukrainer und Weißrussen zu gemeinsamen Aktionen verschiedener Art zusammen.

Die erste gemeinsame Beratung zwischen Vertretern der DSAP, der PPS und dem Bund über ein gemeinsames Vorgehen in verschiedenen Fragen fand am 12. Januar 1927 in Warschau statt. Als Vertreter der DSAP nahmen an der Beratung teil: vom Lodzer Bezirk die Sejmabgeordneten Artur Kronig und Emil Zerbe sowie Ludwig Kuk, vom oberschlesischen Bezirk Johann Kowoll und aus dem Teschener Schlesien Dr. Siegmund Glücksmann. Der Konferenz wurde der Standpunkt der nationalen Minderheiten unterbreitet, der u. a. in folgenden Forderungen gipfelte:

- a) Weitgehende territoriale Autonomie für die slawischen Minderheiten Polens, die in geschlossenen Siedlungsgebieten wohnen;
- b) Kulturelle, die sogenannte personelle Autonomie für die deutsche Minderheit nach dem vom österreichischen Sozialistenführer Otto Bauer im Jahre 1907 für Österreich ausgearbeiteten Muster;
- c) Gleichberechtigung für Angehörige der deutschen Minderheit bei der Anstellung in staatliche und kommunale Ämter;
- d) Einstellung aller Maßnahmen zur Polonisierung der staatlichen Volksschulen mit deutscher Unterrichtssprache und Wiedezulassung des Deklarationsystems für die deutschen Eltern in den Schulbezirken, in welchen die Einreichung von Deklarationen für die deutschen Kinder versäumt wurde.

Für die Durchführung der auf der Konferenz erörterten Fragen wurde eine aus Vertretern der beteiligten Parteien zusammengesetzte Kommission gebildet. Diese Kommission hat in der späteren Zeit zwar versucht, die für notwendig erkannten Maßnahmen durchzusetzen, doch wurden alle diese Überlegungen durch das zunehmend diktatorische Vorgehen des Pilsudskiregimes in Polen illusorisch. Eine weitere Konferenz der sozialistischen Parteien Polens fand am 24. Oktober 1929 in Warschau statt.

Die von dem Gedanken der Verständigung zwischen dem polnischen Mehrheitsvolk und den Minderheiten getragene Zusammenarbeit mit der Polnischen



Sozialistischen Partei zielte unbeirrbar darauf hin, die Unterstützung der polnischen Sozialisten für die deutschen kulturellen Belange zu gewinnen. Ihren sichtbarsten Ausdruck fand diese Bemühung durch das zu den Wahlen im Jahre 1928 herausgegebene und bei den Wahlen von 1930 neu bestätigte Manifest, in welchem sich die PPS verpflichtete, für die deutsche Minderheit in Polen die kulturell-nationalen Rechte anzustreben und sie gesetzlich zu verankern. Diese vertragliche Zusage der großen polnischen Arbeiterpartei bedeutete sowohl für die deutsche Arbeiterbewegung als auch für die gesamte deutsche Minderheit in Polen einen großen Erfolg, der allerdings durch die Regierungspolitik des Sanacja-Faschismus nicht zum Tragen kommen konnte.

Auch der sogenannte Freundschaftspakt, der zwischen Hitler und dem Pilsudski-Regime im Jahre 1934 abgeschlossen wurde, hat der deutschen Minderheit in Polen weder in kultureller noch in wirtschaftlicher Hinsicht irgendeine Erleichterung gebracht, sondern bildete durch seine Verlogenheit eigentlich die Einleitung zur blutigen Katastrophe von 1939/1945.

Zu den besonderen Freunden der DSAP und Förderern ihrer Bestrebungen gehörten die Mitglieder des Zentralkomitees der PPS Dr. Hermann Diamand, Kazimierz Czapiński, Dr. Hermann Liebermann, der Chefredakteur des Zentralorgans der PPS, Mieczysław Niedziałkowski sowie der Stadtpräsident (Oberbürgermeister) von Lodz in der Zeit von 1927—1934, Bronisław Ziemiecki.

#### Die DSAP nach dem Machtantritt Hitlers

Nach dem nationalsozialistischen Umsturz in Deutschland im Januar 1933 wurde die Lage der deutschen Sozialisten in Polen zunehmend schwieriger. Für sie war ja die geistige Basis, die das deutsche Mutterland für die Deutschen in Polen seit dem Ersten Weltkrieg geworden war, verlorengegangen. Darüber hinaus sahen sie sich aus tiefster Überzeugung veranlaßt, gegen den aus dem Dritten Reich kommenden Ungeist und damit gegen die Stimmung in einem großen Teil der Deutschen Polens anzukämpfen.

Gleich von vornherein nahm die DSAP gegen das Dritte Reich eine ablehnende Haltung ein, wurden doch die Verbrechen und Gewaltmaßnahmen der Nationalsozialisten gegen Sozialdemokraten und andere politische Gegner des Hitlerregimes durch Flüchtlinge aus Deutschland bekannt, von welchen viele auch nach Polen kamen und von der DSAP betreut wurden. Nach dem Verbot der deutschen Sozialdemokratie und der Auflösung der Gewerkschaft in Deutschland im Mai 1933 gab die DSAP ein Flugblatt heraus, in welchem die Gewaltmaßnahmen der nationalsozialistischen Machthaber in Deutschland geschildert und gebrandmarkt wurden. Ebenso stand der Parteitag in Lodz im Juli 1933 im Zeichen des Kampfes gegen Diktatur und Faschismus.

Doch mußten die um das deutsche Ansehen besorgten deutschen Sozialisten in Polen in zunehmender Weise feststellen, daß gewisse Kreise, die bisher den Nationalsozialismus ablehnten, eine Schwenkung vornahmen. Das war sowohl innerhalb des Deutschtums in Polen als auch im polnischen Regierungslager der

Fall. Die Entwicklung schien den sozialistischen Politikern Unrecht zu geben. Die erste, teils durch Angst, teils durch Hysterie bedingte Empörung in Polen gegen den Nationalsozialismus flaute unter dem Druck und der geschickten Regie der polnischen Regierung rasch ab. Die polnischen Behörden trugen dieser Entwicklung insofern Rechnung, als sie die früher von ihnen abgelehnten nationalradikalen oder gar nationalsozialistischen Deutschumsführer bzw. deren Organisationen in vielen Dingen jetzt als die gegebenen Gesprächspartner betrachteten. Der deutsch-polnische Nichtangriffspakt vom Januar 1934 war der sichtbare Ausdruck dieser Schwenkung der polnischen Regierung.

Die deutschen Sozialisten gerieten somit auch bei den polnischen Regierungsstellen mehr und mehr in die Isolierung und mußten zu den bisherigen Zwangsmaßnahmen wegen ihrer Haltung in nationalen Dingen und der demokratischen Staatsordnung auch noch Verfolgungen wegen ihres Kampfes gegen den Nationalsozialismus über sich ergehen lassen. Der Anstoß hierzu kam, so ungeheuerlich das auch klingen mag, vom deutschen Konsulat in Lodz. Am 22. März 1933 schrieb der damals kurz zuvor nach Lodz gekommene Konsul Dr. Molly an die deutsche Gesandtschaft in Warschau folgendes:

„In der Anlage beehre ich mich, ein Exemplar der hiesigen sozialistischen ‚Lodzer Volkszeitung‘ vorzulegen, die sich in einem Artikel über die Amnestie der Reichsregierung in direkten Beschimpfungen gegen die letztere ergeht.

Die ‚Lodzer Volkszeitung‘ hat sich früher im Gegensatz zum Polentum immer noch als streng deutsch erwiesen, zumal in dem Kampf um die deutschen Volksschulen scheute sie sich nicht vor Maßregelungen von Seiten der Regierung und Prozessen, die gegen die Zeitung angestrengt wurden. Seit den Wahlen strebt sie einem immer schärferen Kampf gegen die nationale Regierung in Deutschland zu, worin sie mit Leitartikeln von Redakteuren der in Deutschland zeitweilig verbotenen sozialdemokratischen Blätter unterstützt wird (z. B. Stampfer vom ‚Vorwärts‘ u. a.).

Wenn es auch äußerlich betrachtet nicht sehr erfreulich sein würde, gegen eine deutsche Zeitung hier einzuschreiten (persönliche Vorstellungen hatten keinen Erfolg), so dürfte doch zu erwägen sein, das Blatt mit Hilfe der polnischen Regierung wegen seiner Beschimpfungen der deutschen Reichsregierung gelegentlich auf einige Tage verbieten zu lassen.“

Braucht man sich da zu wundern, wenn in der folgenden Zeit z. B. der verantwortliche Redakteur der „Lodzer Volkszeitung“ vom polnischen Gericht u. a. wegen Beleidigung Hitlers zu einer Strafe von zwei Monaten Gefängnis verurteilt wurde? Man vergegenwärtige sich doch die paradoxe Situation: Ein deutscher Redakteur in Polen wird vom polnischen Gericht zu Gefängnis verurteilt, weil er über Hitler unfreundlich geschrieben hat!

Es ist nur verständlich, wenn angesichts der geistigen Umwälzung, von welcher ja die deutsche Minderheit in Polen ebenfalls erfaßt worden war, es auch innerhalb der DSAP zu Auseinandersetzungen kam. War es in den Jahren 1930/31 eine linksradikale Gruppe, die sich ohne nennenswerten Schaden von der Organisation trennte, so trat jetzt sowohl im oberschlesischen als auch im Lodzer Bezirk eine auf der entgegengesetzten Seite stehende, zahlenmäßig

ebenfalls nicht sehr starke Gruppe auf, die sich angesichts der besonderen Lage der DSAP als auslandsdeutsche Partei einem allzu scharfen Kampf gegen den Nationalsozialismus widersetzte und in gewissen Fällen sogar eine positive Einstellung zu den Leistungen der nationalsozialistischen Regierung verlangte. Die Mehrheit der Partei und der Parteiführung jedoch blieb ihrer bisherigen Haltung treu.

Von dem konsequenten Kampf der Führung der DSAP gegen das Aufkommen nationalistischer Tendenzen innerhalb der Partei zeugt der Parteitag in Bielitz am 2. und 3. Februar 1935. Es war dies der zweite Gesamtparteitag der DSAP nach der Vereinigung. Vom Parteitag wurde für den nächsten Zeitraum ein Arbeitsprogramm beschlossen, über welches der Vorsitzende des Parteibezirks Bielitz-Biala, Dr. Siegmund Glücksmann, referierte. Das politische Grundsatzreferat hielt der Parteivorsitzende Dipl.-Ing. Emil Zerbe, über die kulturellen und schulischen Belange der deutschen Minderheit referierte Redakteur Otto Heike. Zur Frage der Einheitsfront der sozialistischen Parteien in Polen wurden die nachstehenden Anträge angenommen:

#### ANTRAG I:

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, an alle der sozialistischen Arbeiter-Internationale angeschlossenen Parteien Polens mit dem Vorschlage der Schaffung einer Vereinigung dieser sozialistischen Parteien auf föderativer Grundlage heranzutreten.

#### ANTRAG II:

Der Parteitag macht es der Parteileitung zur Pflicht, alles zu unternehmen, um eine Vereinheitlichung der Aktionen der Arbeiterbewegung Polens gemäß den vom Parteitag angenommenen Grundsätzen und Richtlinien herbeizuführen.

Zu den kulturellen Fragen wurde eine EntschlieÙung angenommen, in der es u. a. heißt:

„Trotz aller verfassungsgemäÙen Zusicherungen und Forderungen ist bisher eine gesetzliche Regelung des Rechts der deutschen Minderheit auf freie Entwicklung und Pflege der eigenen Kultur und Sprache nicht erfolgt; insbesondere muß dies in Bezug auf das deutsche Schulwesen unterstrichen werden.

Der Parteitag steht nach wie vor bei der programmatischen Forderung der Partei nach kultureller Autonomie für die deutsche Minderheit als dem einzigen Mittel, die deutsche Minderheitenfrage einer gerechten Lösung zuzuführen. Der Parteitag ist sich dessen bewußt, daß eine gerechte Lösung der deutschen Minderheitenfrage von den gegenwärtigen Machthabern Polens nicht zu erwarten ist und stellt fest, daß dies nur durch die Zusammenarbeit aller Sozialisten Polens erreicht werden kann.

Das Zustandekommen der offiziellen deutsch-polnischen Verständigung hat in keiner Weise eine Erleichterung der Lage der deutschen Minderheit in Polen gebracht; sie erweist sich also für diejenigen Kreise der deutschen Minderheit, die hierdurch eine Besserung ihrer Lage erwarteten, als leere Hoffnung.“

Die in der nächsten Zeit eingetretenen politischen Entwicklungen und die Zunahme der faschistischen Tendenzen in Polen machten die Verwirklichung dieser Bestrebungen der sozialistischen Parteien Polens unmöglich.

Inbesondere waren für die DSAP trotz aufopfernden Bemühens um die politische Aufklärung und um die kulturellen und schulischen Belange der deutschen Minderheit Rückschläge nicht zu vermeiden. Angesichts der allgemeinen Stimmung innerhalb des Deutschtums in Polen, das angesichts seiner verzweifelten kulturellen und wirtschaftlichen Lage vom propagandistischen Sog des „Nationalen Erwachens“ immer mehr mitgerissen wurde, schmolz die Basis der DSAP zusammen.

Hinzu kam, daß im Zuge der Faschistisierung Polens die sozialistisch geführten Magistrate in Lodz und anderen Städten aufgelöst wurden, was zur Folge hatte, daß die hier innegehabten Positionen verloren gingen. Für den Einfluß und die Bedeutung der Partei war das ein beträchtlicher Verlust. Was jetzt bei der DSAP verblieb, war ein miteinander verschworener Kader überzeugter Sozialdemokraten, die große Opfer materieller und moralischer Art auf sich nahmen, von ihrer Idee aber nicht abließen.

### *Das Ende der DSAP*

#### Helfer im Kampf gegen die Hitler-Diktatur

Eine besondere Aufgabe erfüllte die DSAP in der Zeit nach dem nationalsozialistischen Umsturz in Deutschland, als viele Sozialdemokraten aus dem Dritten Reich flüchten mußten und der Parteivorstand der SPD im Exil seinen Sitz in Prag hatte. Die alten Bindungen der deutschen Sozialdemokraten im polnischen und deutschen Teil Oberschlesiens erwiesen sich hierbei als sehr nützlich. Die Flüchtlinge, die illegal über die deutsch-polnische Grenze nach Polnisch-Oberschlesien kamen, suchten hier natürlich in erster Linie die deutsche sozialdemokratische Partei auf.

Für die Einschleusung von Flüchtlingen aus Deutschland bestand sogar ein gutfunktionierender Apparat, der auf deutscher Seite von einem Sozialdemokraten namens *Krebs* in Gleiwitz oder Hindenburg geleitet wurde. In Kattowitz wurden die Flüchtlinge in der Hauptsache von dem Bezirksvorsitzenden und Redakteur des „Volkswille“ *Johann Kowoll* und seiner Frau Alice betreut. Für die aus Ostpreußen und Danzig kommenden Flüchtlinge war eine Anlaufstelle in Lodz eingerichtet worden. Hier oblag deren Betreuung dem damaligen Vorsitzenden der Lodzer Exekutive der DSAP und Redakteur der „Lodzger Volkszeitung“, *Otto Heike*.

Die Flüchtlinge sowohl aus Ostpreußen und Danzig als auch aus Oberschlesien wurden von den Anlaufstellen in Lodz und Kattowitz zunächst nach dem Teschener Schlesien weitergeleitet. Hier bildete der mitten durch die Industriestadt Teschen führende Fluß Olsa die Grenze zwischen Polen und der Tschechoslowakei. Die Bewohner Teschens passierten die über die Olsa führende Stadtbrücke täglich im kleinen Grenzverkehr. Es war im Grunde nicht schwer, die Flüchtlinge auf einem „Spaziergang“ über die Brücke auf das Gebiet der Tschechoslowakei zu bringen, zumal die sowieso nicht sehr strenge Grenzwa­che auf beiden Seiten meist ein Auge zudrückte. Ein Teil der in Lodz eingetroffenen

Flüchtlinge wurde auch in die baltischen Länder (zumeist nach Riga) und über Gdingen in die skandinavischen Länder weitergeleitet.

Nicht minder wichtig war die von der DSAP betriebene illegale Einschleusung des vom Parteivorstand der SPD in Prag herausgegebenen gegen Hitler und die nationalsozialistische Gewaltherrschaft gerichteten Schrifttums. Die Akten des Staatlichen Wojewodschaftsarchivs Kattowitz und des Archivs der Polizeidirektion in Kattowitz, Band 93, enthalten darüber ein umfangreiches Material. U. a. ist daraus folgendes zu entnehmen<sup>9</sup>: Die Aktion der illegalen Kolportage wurde im August 1933 begonnen. Das in Prag erscheinende Blatt „Neuer Vorwärts“ wurde schon in dieser Zeit über Bielitz nach Kattowitz eingeschleust. Die Sendungen wurden sodann nach Schlesienhütte (Chropaczow) gebracht, wo sie von deutschen Kolporteurs entgegengenommen wurden. Das waren die Anfänge des illegalen Vertriebs, dessen Organisation zunächst ganz einfach war.

Einen breiteren und präziseren Rahmen erhielt der Vertrieb erst im Frühjahr 1934. Das Kolportagenetz erstreckte sich jetzt auf ganz Oberschlesien, das Teschener Schlesien und außerdem auf ganz Deutschland und Österreich. Das Material wurde vorwiegend von Frauen geschmuggelt.

Diesem illegalen Vertrieb kamen die polnischen und deutschen Stellen im August 1934 auf die Spur. Die Deutschen verstärkten daraufhin ihre Grenzposten. Einige deutsche Kurier wurden verhaftet. So wurde im September 1934 in Gleiwitz der Kurier *Grziwotz* von den deutschen Stellen verhaftet, dann in ein Konzentrationslager in Sachsen gebracht.

Aus Furcht vor Repressalien zog sich daraufhin der Bezirksvorsitzende der DSAP in Kattowitz, Kowoll, aus der Organisation der Kurierarbeit zurück. Der Vertrieb des illegalen Schrifttums ging jedoch unter Meidung von Kattowitz weiter, und zwar über Rybnik, Tarnowitz und Königshütte (Chorzow), wobei jetzt an seiner Spitze ein gewisser *Parczyk* aus Chorzow stand. Ab April 1936 erfolgte der Schmuggel des illegalen Propagandamaterials aus Polen nach Deutschland auch über das Gebiet von Posen.

Hier einige Titel des aus der Tschechoslowakei über Polnisch-Oberschlesien illegal nach Deutschland geschmuggelten Materials: „Adolf Hitler als Gesetzgeber 1934“, „Die Blutfahne“, „Prolet – das bist du“ (Verfasser Kurt Doberer), „Fahrt ohne Ziel“, „Sozialistische Aktion“, „Nachrichten des Auslandsbüros“, „Neu Beginnen“, „Im Kreise herum“ und andere.

Selbstverständlich wurde das gegen Hitler gerichtete Material auch unter den Deutschen in Polen verteilt.

Als nach den Bücherverbrennungen in Deutschland in den deutschen bürgerlichen Büchereien in Polen die linksgerichteten Bücher nach und nach entfernt wurden, waren es allein die bei den DSAP-Organisationen bestehenden Büchereien, insbesondere die Bücherei des „Fortschritt“-Vereins in Lodz, in welchen

---

<sup>9</sup> Andrzej Szefer: *Mniejszość niemiecka w Polsce i Czechosłowacji w latach 1933—1938* (Die deutsche Minderheit in Polen und in der Tschechoslowakei in den Jahren 1933—1938). Kattowitz 1967, S. 77.

die Bücher von Tucholsky, U. Sinclair, Weißmantel, Ossietzky u. a. noch gelesen werden konnten. Daneben wurde das im Exil erscheinende deutsche Schrifttum sowie der „Neue Vorwärts“ verkauft und so dazu beigetragen, daß die Wahrheit über Deutschland unter den Deutschen in Polen auch weiterhin verbreitet wurde.

### Zwischen den Mühlsteinen des Jahres 1939

Als sich mit Beginn des Jahres 1938 die Fronten zwischen Deutschland und Polen zu verhärten begannen und sich auch die Lage der deutschen Minderheit in Polen trotz der deutsch-polnischen Minderheitenerklärung vom 5. November 1937 in keiner Weise besserte, wurde die neue Situation der deutschen Minderheit in Polen von der DSAP auf einer im Lodzer Sängerhaus am 2. Februar 1938 stattgefundenen Großkundgebung in ihrer ganzen Breite aufgerollt. Der Parteivorsitzende, Dipl.-Ing. Emil Zerbe, untersuchte in einem umfassenden Referat das Problem, wobei er drei Etappen des Weges aufzählte: 1. Die Kündigung der vom Völkerbund beschlossenen Konvention zum Schutz der nationalen Minderheiten durch die polnische Regierung, 2. den Ablauf der Genfer Konvention für Oberschlesien im Jahre 1937 und 3. die deutsch-polnische Erklärung über die Behandlung der Minderheiten vom 5. November 1937. Die Stellungnahme der DSAP wurde in einer Erklärung zur Minderheitenfrage und in einer EntschlieÙung zur Schulfrage niedergelegt.

Auch scheute sich die DSAP nicht, zur Judenfrage eine klare Stellung zu beziehen. Als im November 1938 die Gewalttätigkeiten gegen die Juden in Deutschland in der sogenannten Kristallnacht ihren ersten Höhepunkt erreichten, veröffentlichte die Exekutive der DSAP eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

„Die letzten Vorgänge in Deutschland haben einen Umfang und Formen angenommen, die es jedem anständigen Deutschen und den deutschen Sozialisten insbesondere zur Pflicht machen, gegen die Schmach, die dem deutschen Volke durch diese Vorgänge zugefügt wurde, zu protestieren.

Wir haben immer betont und betonen auch heute, daß die Judenverfolgungen in Deutschland nur eine Teilerscheinung der deutschen nationalsozialistischen Konterrevolution darstellen. Nie würde es in Deutschland zu Exzessen solcher Art kommen, wenn das deutsche Volk frei wäre, wenn es nach eigenem Willen handeln könnte.

... Unsere Partei will auch dazu beitragen, daß der Haß und die Feindschaft, die durch diese Vorgänge hervorgerufen wurden, vom deutschen Volk abgewendet werden. Die Feindschaft soll nur dem Nationalsozialismus und nicht dem deutschen Volke und dem Deutschen Reich gelten!“

Auf eine harte Bewährungsprobe gestellt wurde die DSAP, als sich das Verhältnis zwischen dem Dritten Reich und Polen seit Beginn des Jahres 1939 immer mehr verschlechterte und auch die deutsche Minderheit in Polen zunehmend in den Strudel des deutsch-polnischen Gegensatzes hineingerissen wurde. Die Auswirkungen der deutsch-polnischen Spannung schlugen sich in diesen unheilverkündenden Wochen mit ganzer Wucht auf die Deutschen in Polen nieder.



Abb. 58: Johann Kowoll



Abb. 59: Wilhelm Zinser



Abb. 60: Dipl.-Ing. Emil Zerbe

Den Schutz des Völkerbundes konnten sie jetzt nicht mehr in Anspruch nehmen, da Polen bereits 1934 die Genfer Minderheitenkonvention mit stiller Zustimmung der bürgerlichen Deutschumsorganisationen gekündigt hatte. Die deutsch-polnische Minderheitenerklärung vom 5. November 1937 aber sah konkrete Maßnahmen zum Schutz der deutschen Minderheit nicht vor und war durch die inzwischen eingetretenen Ereignisse im deutsch-polnischen Verhältnis sowieso gegenstandslos geworden.

Die durch Kundgebungen und Aufrufe der nationalistischen Kreise in Polen entfachte Feindschaft gegen alles Deutsche steigerte sich nach der Besetzung der Tschechoslowakei durch Hitler und der erzwungenen Freigabe des Memellandes im März 1939 zu einer Angst- und Haßpsychose, von der weite Kreise des polnischen Volkes ergriffen wurden. Überfälle und Gewalttaten gegen Deutsche nahmen zu, deutsche Arbeiter und Angestellte wurden in zunehmender Zahl unter dem Druck nationalistischer Hetzer von ihren Arbeitsplätzen entfernt.

In dieser Situation hatten die deutschen Arbeiterorganisationen in Polen einen schweren Stand. Vergebens suchten sich die Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens und die deutsche Abteilung des sozialistisch ausgerichteten Allgemeinen Textilarbeiterverbandes dieser Welle des Hasses und der ungerechtfertigten Zwangsmaßnahmen gegen die deutschen Arbeiter entgegenzustemmen. Am 23. Juli 1939 führte die deutsche Abteilung des Textilarbeiterverbandes in

Lodz eine Kundgebung durch, auf welcher zu den Vorgängen in den Fabriken und der bereits akuten Kriegsgefahr Stellung genommen wurde. Fortgesetzt wurden im Laufe des Sommers in den Betrieben Versammlungen durchgeführt, auf welchen die polnische Arbeiterschaft über die wahren Hintergründe der Lage aufgeklärt und zur Besonnenheit aufgerufen wurde.

Die Haltung der deutschen Sozialisten in diesen schicksalsschweren Tagen gegenüber dem polnischen Volk und dem polnischen Staat findet ihren Ausdruck in einer grundsätzlichen Stellungnahme der Parteileitung in der „Lodzer Volkszeitung“ am 18. Juni 1939. Unter der Überschrift „In schwerer Stunde“ wirft die DSAP darin das ganze Problem des deutsch-polnischen Verhältnisses auf, nimmt Stellung zum Dritten Reich und zu seinen Forderungen gegenüber Polen, tritt mutig für diejenigen Deutschen ein, die sich dem Nationalsozialismus widersetzt haben, und verurteilt sowohl diejenigen, die von deutscher Seite auf das Dritte Reich gesetzt haben als auch die halbfaschistische Regierung Polens, die mit Hitler paktiert und damit die Ausbreitung nationalsozialistischer Gesinnung in Polen gefördert hat. In der Stellungnahme der DSAP: heißt es u. a.:

„Die Tatsache, daß die gefährliche politische Spannung zwischen Deutschland und Polen besteht, können wir als Deutsche im höchsten Maße bedauern, aber wir betrachten es als unsere Pflicht, in diesem Falle in klarer Weise gegen das Dritte Reich Stellung zu nehmen.

Wir halten jene Ansicht als verwerflich, wonach man Unrecht gutheißen oder schlimmstenfalls verschweigen müsse, wenn es vom eigenen Volke kommt. Wir glauben uns im Gegenteil dazu verpflichtet, deutlich und vernehmlich unsere Stimme zu erheben! Das deutsche Volk hat in den letzten Jahren viel Schweres erduldet. Es ist selbst in Sklaverei geraten, und seine Knechtschaft soll noch dazu dienen, anderen Völkern Knechtsfesseln aufzuerlegen. In einem solchen Zeitpunkt betrachten wir es als unsere Pflicht, durch diese unsere Stellungnahme Ehre und Recht als Deutsche zu schützen in unserem eigenen Namen, wie im Namen der Millionen, denen dazu die Möglichkeit heute nicht gegeben ist.

Der Nationalsozialismus hat das anscheinend gute Einvernehmen zwischen Polen und Deutschland in den vergangenen Jahren weidlich ausgenützt. Es gab keine Aktion, bei der die deutschen Nazis in Polen nicht auf die Freundschaft zwischen dem nationalsozialistischen Dritten Reich und Polen hingewiesen hätten.

Es hat nichts genützt, als wir darauf hinwiesen, daß die Zeit kommen werde, wo man in Polen jede Nazistimme als Feindesstimme betrachten wird. Es hat nichts genützt, als wir diese Maske der Loyalität herunterzureißen suchten. Fast die gesamte Öffentlichkeit Polens schien damals taub und blind. . . .

Die deutschen Sozialisten in Polen befanden sich seit dem ersten Augenblick ihres Wirkens im Gegensatz zu den übrigen deutschen Organisationen. Die deutschen Sozialisten haben den Weg zum werktätigen Volke Polens gesucht und gefunden, sie haben sich der gesamten Arbeiterklasse Polens eingereicht, um mit ihr zusammen für die Gestaltung der neugewonnenen Heimat zu einem Lande der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit mitzuwirken.

---

Abb. 61: Flugblatt der „Lodzer Volkszeitung“



# An die deutsche werttätige Bevölkerung!

Wir leben in einer geschichtlich hochwichtigen Zeit. Die auf den Grundfragen von Gewinn und Profit: aufgebauete Weltordnung ist in ihren Grundfesten erschüttert. Jegliches Leben der Menschheit wird von den Erschütterungen des Kapitalismus betroffen. Unser Familienleben, unsere Arbeitsstätten, sofern wir sie noch besitzen, unser Kulturgut, wie Schulen, Kirchen, Sprache, sind in die Krise der Weltordnung hineingezogen worden. Unsere wirtschaftliche wie auch unsere völkische Existenz ist in höchstem Maße bedroht. Wir leben in einer Zeit der Umwälzungen und Umwertungen.

**Volksgeossen! Deutsche Arbeiter der Stien und der Frau! Deutsche Frauen und Männer!**

Die Herrscher der Welt, die ihre Ohnmacht erkannt haben und die nicht inskande sind, die bisherige Art ihrer Weltordnung aufrechtzuerhalten, greifen zu neuen Mitteln, zu Verblendungen der Menschheit, zu Gewaltmaßnahmen, um ihre Herrschaft aufrecht zu erhalten. Grenzabsperierungen sind die Mittel der einen, Völkerverheugung die der anderen, Erneuerung des Volksbewußtseins die Mittel der dritten. Noch andere versuchen sich in Waiunaueregelungen, in Zinsabbau, in Loslösung von Goldstandard. Im Rahmen dieser einzelnen staatlichen Rettungsmaßnahmen oder Betrag des Menschen gegen Mensch, werden betrügerische Bankrotte unternommen, und dadurch andere zu Bankrotten gezwungen, hat sich ein Existenzkampf in den Reihen des arbeitenden Volkes geltend gemacht. Derjenige, der noch ein Stückchen Brot besitzt, wird von seinem Nächsten beneidet, abervorteil, seine Stellung untergraben. Der Selbsterhaltungstrieb der Menschheit führt zu Verrothungen, zur Vernichtung alles Guten und Bölen.

**In dieser geschichtlich so hochwichtigen Zeit muß sich das arbeitende Volk mehr denn je seiner Lage und seiner Aufgaben bewußt sein.**

Es verstehen, daß es die Klasse der Arbeitenden ist. Es muß seine eigene Erkenntnis der Lage besitzen. Es darf sich nicht durch Redewendungen, wie „wir Deutsche“, „wir Polen“, „wir Juden“, irreführen lassen. Es darf sich nicht ablenken lassen durch nationale „Aufgaben“, durch nationale Verheugungen.

### Deutsche Volksgeossen!

Es ist nicht der Kampf um ein besseres Morgen für Euch, wenn wir angefordert werden, den Fabrikanten, Kaufmann, oder den Vertreter des Kapitals dieser oder jener Nationalität kostentieren zu müssen. Es geht hierbei nicht um ein besseres Morgen, sondern um ein besseres Heute. Es geht bei den richtigen Anforderungen immer darum, daß der in Todeszuständen sich befindliche Kapitalismus immer wieder ein neues Experiment versucht, um sich vor seinem Untergang zu retten. Und wenn er alle seine Experimente ausgeprobt haben wird, die nichts weiter sind als vorübergehendes Aufklackern,

Volksgeossen! Wir, die deutsche Einwohnerschaft unserer Stadt und unseres Landes, werden und wurden in der letzten Zeit herausgefordert. Die einen sehen in uns wirtschaftliche irrendwelscher Maßnahmen jenseits der Grenze, die anderen lassen uns nicht klar erkennen, was in der Welt geschieht. Durch ihre bürgerliche Presse verzwungen sie uns den schweren Kampf der Arbeiterhaft um Freiheit für jeden Menschen, um einen Volksstaat, Zeitungen, die schon lange das Wort „Volksbewußtsein“ nicht mehr gedruckt haben, besinnen sich plötzlich darauf, daß sie doch in deutscher Sprache gedruckt werden, und werden zu völkischer Einheit, zum Zusammenhalten und andere nützen das deutsche Sentiment aus und sprechen

von Demut, von Mänterung und setzen das Volkstum an die Stelle jeglicher Aufgaben für die deutsche werttätige Bevölkerung. Nicht die eine oder die andere Presse oder sind den Mut zur Beweiselung der Geschosse, sind kein Wort des Protests, sondern druck Berichte über Rechtprache von „Volksvertretern“, die eine Veranschönerung der richtigen Erkenntnis der Lage beschäftigen.

**Deutsche Volksgeossen! In Lobz erscheint eine Tageszeitung, die**

### „Lobzer Volkszeitung“

Es ist dies ein Organ, welches aus Arbeiter- und Angehüllentragenden aufgebaut wurde, welches nicht zum Zweck des Profits und Gewinns besteht und welches sich lediglich

die Vertretung der Interessen der werttätigen deutschen Bevölkerung zum Ziel gesetzt

hat. In den Fragen sowohl der Weltolitik als auch der Ereignisse der letzten Zeit tritt unser Organ für die Befriedigung der Menschheit ein, geliebt offen, was zu urteilen ist und hat das eine Ziel:

Die wahre Erkenntnis unserer heutigen Lage zu verbreiten im Sinne der Wahrung der Rechte für das werttätige und für uns als deutsches Volk hierzulande.

### Deutsche Volksgeossen!

Unser Blatt, die Lobzer Volkszeitung, die keinerlei Geldunterstützungen irgendwelcher kapitalistischen oder politischen Kreise erhält, die als Organ der werttätigen Bevölkerung unabhängig ist, die unerschrocken der Wahrheit zum Recht vertritt, die die geistige Klasse der Arbeitererschaft ist,

wendet sich an Euch mit der Aufforderung, sie zu küssen und zu erhalten.

Die „Lobzer Volkszeitung“ ist das Wort der deutschen Arbeitererschaft, und als solches hat sie in der heutigen Wirklichkeitslage in wirtschaftlicher Beziehung schwer zu kämpfen.

Deutsche Frauen und Männer! Werttätige!

Nur die „Lobzer Volkszeitung“ führt Euch zur richtigen Erkenntnis Eurer Lage als werttätiges deutsches Volk. Sie ist Euch allen gerade heute in dieser hochwichtigen geschichtlichen Zeit künden der Wahrheit der Erkenntnis, Eurer Rechte. Sie führt Euch an in Eurem täglichen Kampf. Sie weist Euch die Risiken und Gefahren.

Es ist daher Eure Pflicht, die „Lobzer Volkszeitung“ zu lesen und zu erhalten. Es ist Eure Pflicht, ihr die Existenzmöglichkeit zu geben, damit sie weiterhin Euer Führer bleibt.

**Volksgeossen! Werbt für Euer Blatt!**

Empfangt seine Werber nicht unwillig und hört sie an!

Schafft Euch Eure Selbständigkeit in politischen und völkischen Dingen!

„Lobzer Volkszeitung“  
Verlag und Redaktion.

Monumentsanmeldungen werden in der Geschäftsstelle (Petrikauer Straße 109, Telefon 136-90), bei den Werbern und bei den Zeitungsträgern entgegen genommen.

Vielleicht verstehen nun die Gegner der Arbeiterorganisationen die tiefe staatsbürgerliche Bedeutung der Arbeiterbewegung, vielleicht verstehen nun diejenigen, die noch vor kurzer Zeit mit einem Auge nach dem Nationalsozialismus blinzeln, wie es gekommen ist, daß gerade die Partei der deutschen Werktätigen auch nicht für einen Augenblick in ihrer Treue zum Staate und zur Gesamtgesellschaft der Republik gewankt hat?

Man wirft uns unser internationales Denken und unsere internationale Verbundenheit auch heute noch vielfach vor. Wird man nun verstehen, daß es eben unsere internationale Gesinnung ist, die uns für die bedrohte Heimat, die Republik Polen, Stellung nehmen läßt, wie ein Engels, ein Wilhelm Liebknecht und ein Bebel für sie Stellung genommen haben?"

Diese, von einer großen Verantwortung gegenüber der deutschen Minderheit in Polen und dem gesamten deutschen Volk, aber auch von einer einwandfreien staatsbürgerlichen Haltung gegenüber dem polnischen Staat zeugende Gesinnung der deutschen Sozialisten in Polen vermochte jedoch die Welle des Hasses nicht aufzuhalten. Zwar fand der in der „Volkszeitung“ veröffentlichte Appell im Zentralorgan der Polnischen Sozialistischen Partei „Robotnik“ in Warschau starke Beachtung und wurde von dem Sejmabgeordneten Kazimierz Czapinski ausführlich kommentiert, in dem allgemeinen Strudel ging diese Mahnung zur Vernunft jedoch unter.

Von den zunehmenden deutschfeindlichen Übergriffen wurden die deutschen Sozialisten ebenso betroffen wie die übrige deutsche Bevölkerung Polens. So wurden in der Nacht vom 23. zum 24. August im Zuge einer allgemeinen Demolierungsaktion gegen deutsche Wohnungen im Lodzer Vorort Chojny auch im Lokal der DSAP-Ortsgruppe in der Rysiastraße 36 die Scheiben eingeschlagen und das Parteischild zerstört.

Doch nicht nur der nationalistische Mob richtete seine Gewalttaten in gleicher Weise gegen die deutschen Sozialisten. Auch von den Regierungsstellen wurde die DSAP in die gegen die deutsche Minderheit ergriffenen Maßnahmen einbezogen. Bei Kriegsausbruch am 1. September 1939 wurde die Lodzer „Volkszeitung“ von den polnischen Behörden geschlossen, der Parteivorsitzende, Dipl.-Ing. Emil Zerbe, und einige andere führende Mitglieder der DSAP wurden zusammen mit anderen Deutschtumsführern verhaftet. Nur dank der Intervention des sozialistischen Stadtpräsidenten von Lodz, Jan Kwapinski, entließ man Zerbe und seine Parteifreunde wieder aus der Haft.

### *Im Zweiten Weltkrieg*

#### Unter nationalsozialistischer Herrschaft

War schon der nationale und politische Kampf der deutschen Sozialisten in Polen unter dem immer mehr zur Diktatur ableitenden halbfaschistischen Sanacja-Regime außerordentlich opferreich, so wurde die Zeit nach der Eroberung des Landes durch das Dritte Reich im September 1939 für die der Sache treu gebliebene mutige Schar zu einem schweren Opfergang. Die führenden Männer, wie der Parteivorsitzende Dipl.-Ing. Emil Zerbe (Lodz), Johann

*Kowoll* (Kattowitz) und Dr. Sigmund *Glücksman*n (Bielitz) mußten fliehen, andere wurden von der Gestapo ins Gefängnis geworfen, viele bespitzelt, aus den Stellungen geworfen und verfolgt.

In diesen Tagen der tiefen inneren Not, der großen Gefahr und des Umbruchs hat es bei den deutschen Sozialisten in Polen aber nicht an Taten stillen Opfermutes gefehlt. Es ging vor allem darum zu verhindern, daß die Mitgliederlisten der DSAP der Gestapo in die Hände fielen. So riß noch am dritten Tage nach dem deutschen Einmarsch in Lodz der langjährige Bezirkskassierer der Partei in Mittelpolen, Arthur Göhring, zusammen mit dem Parteimitglied Swiderek das von der Gestapo am Lokal der Ortsgruppe Lodz-Zentrum der DSAP in der Petrikauer Straße 109 angebrachte Siegel ab, drang in die Räume ein und nahm die Mitgliederlisten und anderes Material mit. Dasselbe tat Alfred Seidler im Lokal des „Fortschritt“-Vereins in der Bandurskiegostraße 15.

Zum letztenmal fand sich noch eine Woche nach dem Beginn der Gestapoherrschaft in Lodz auch der Vorstand der Ortsgruppe Lodz-Chojny in der Wohnung des Verfassers zusammen. An dieser Sitzung nahmen teil: Alfred Schleicher als Vorsitzender, Otto Heike, Alfred Seidler und Johann Siebert. Sie beschloßen einen Plan der Beseitigung aller Spuren der DSAP in Chojny. Einig waren sie darüber, daß die Fahne nicht vernichtet werden dürfe. Alfred Seidler übernahm es, sie in seinem Haus zu verstecken. Die Fahne liegt vielleicht noch heute in ihrem Versteck.

Der Bezirksvorsitzende aus Oberschlesien Johann *Kowoll* flüchtete mit seiner Frau zunächst nach Lemberg und dann in die Sowjetunion und arbeitete in einem Industrierwerk in Moskau. Als die deutschen Truppen bis vor Moskau vorgerückt waren, mußten die deutschen Flüchtlinge Moskau verlassen. *Kowoll* und seine Frau wollten zu Fuß in die Wolgadeutsche Republik gehen, verstarben aber unterwegs an den Folgen der großen Strapazen. Dies berichteten jüdische Sozialisten, die mit *Kowoll* zusammen waren und zurückkehrten.

Ebenso flüchtete der langjährige Vorsitzende des Parteibezirks Teschener Schlesien, Dr. Sigmund *Glücksman*n mit Frau und Sohn in die Sowjetunion. Der jetzt in Wiesbaden lebende Sohn Dr. Glücksmanns berichtet, daß sein Vater in Taschkent gestorben sei. Der letzte Bezirksvorsitzende vom Teschener Schlesien, Folmer, ist in Bielitz verblieben.

Dem Vorsitzenden der Partei und Bezirksvorsitzenden von Lodz, Dipl.-Ing. Emil Zerbe, schließlich gelang es, die Kriegszeit im Untergrund in der Umgebung von Lodz zu überstehen. Von den Mitgliedern des Lodzer Bezirksvorstandes wurden Ende September 1939 u. a. von der Gestapo verhaftet: der Nestor der deutschen Sozialisten in Polen, Oskar *Seidler*, dessen Sohn Alfred *Seidler*, Wilhelm *Zinser* und der Geschäftsführer der „Volkszeitung“ in Lodz, Otto Abel. Die beiden Letztgenannten wurden nach dreiwöchiger Haft wieder entlassen, während Vater und Sohn *Seidler* in das Konzentrationslager im Lodzer Vorort Radegast (Radogoszcz) eingeliefert wurden.

Wenn nun die Frage auftaucht, ob die DSAP zur Zeit der deutschen Besetzung Polens, d. h. als das Gebiet als sogenannter Gau Wartheland in das



Dritte Reich eingegliedert worden war, eine illegale Tätigkeit entfaltet habe, so ist diese Frage schwer zu beantworten. Die Lage der Deutschen in Polen war nach den schlimmen Deutschenverfolgungen vor Kriegsausbruch im Sommer 1939 und in den ersten Kriegstagen mit den Verhältnissen in anderen Gebieten nicht zu vergleichen. Man konnte nie wissen, wer sich, angesichts des furchtbaren Druckes, dem die Deutschen in den letzten Monaten ausgesetzt waren, mit dem neuen Zustand nicht doch abgefunden hatte. Eine traute dem anderen nicht. Nichtsdestoweniger unterhielt ein kleiner Kreis von vertrauten Männern der DSAP in unregelmäßigen Abständen Kontakte miteinander.

Trotz aller Vorsicht war es aber nicht zu vermeiden, daß die deutschen Sozialisten Polens z. T. schwere Opfer bringen mußten.

Tragisch war das Ende des bereits erwähnten Nestors der deutschen Sozialisten in Mittelpolen, des schon in den Revolutionsjahren 1905/07 führenden Kämpfers Oskar *Seidler*. Nach seiner Verhaftung im September 1939 verbrachte er mehrere Monate in verschiedenen Gefängnissen sowie im Konzentrationslager und stand nach seiner Freilassung unter strenger Bewachung. Trotz hohen Alters mußte er schwere Arbeit verrichten. Diese seelischen und physischen Strapazen gingen aber über die Kräfte des alten Mannes; ein Herzschlag am Arbeitsplatz machte seinem opferreichen Leben im Jahre 1941 ein Ende.

Noch furchtbarer war das Los des letzten Vorsitzenden der Lodzer Exekutive der DSAP, Wilhelm *Zinser*, der nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten Ende September 1939 in Lodz verhaftet wurde, nach einigen Wochen aber wieder auf freien Fuß gesetzt worden war. Zinser, der in den Jahren von 1926 bis etwa 1931 Angestellter der Krankenkasse in Lodz war, später jedoch von den Sanacjamachhabern wegen seiner Zugehörigkeit zur DSAP entlassen wurde, fand jetzt als Fachmann im Krankenkassenwesen wieder Anstellung in der nunmehr deutsch verwalteten Krankenkasse. Er wurde bald Abteilungsleiter. Mit den teilweise noch im Amt verbliebenen polnischen Angestellten unterhielt Zinser, soweit das unter den gegebenen Umständen möglich war, ein gutes Verhältnis.

Kein Wunder, daß er von den braunen Machthabern beargwöhnt und von einzelnen Nazis wegen seiner führenden Stellung beneidet wurde. Als sich dann in der zweiten Hälfte des Jahres 1943 die Kriegslage für das Dritte Reich immer mehr verschlechterte und auch das Siegesbewußtsein abzubrockeln begann, erfolgten allenthalben Zwangsmaßnahmen wegen „defaitistischer“ Einstellung einzelner Personen. So wurde auch Zinser im September 1943 verhaftet. Als Ursache wurde angegeben, er habe abfällige Äußerungen über den Nationalsozialismus und die Kriegsführung gemacht und damit „wehrkraftzersetzend“ gewirkt. Tatsächlich hatte Zinser in einem Gespräch mit drei jungen Mitarbeiterinnen seiner Abteilung in der Krankenkasse in scherzhafter Weise eine abfällige Äußerung getan.

Zinser kam vor den Volksgerichtshof in Berlin und wurde zum Tode ver-

Heute Alles bestanden!

Ammer ist es so weit, alle Vorfahren sind begraben. Heute den 13. September, 73 15 Uhr nachmittags ist es vorbei. Ertheilte Heiligt mich der heil. ich erhebe gegen die dem letzten Gange. Ich bin ganz richtig Heil ich höre, dass die geborgen sind und die große Güte überschauen man auch haben überlebt. Und dann allem ist auch die Weg zum Heil ist dass dass der Papst sein höchst. Reich wurde ich die Lebenskunst nicht nehmen können. Sie behermennt noch von ihrem Bestand das mir auch dass die Gesundheit gegeben hat. Helga will zum Kopfmachere Weiss aufgetragen sein Sie soll später nicht an den Schwitz und die Tränen nimmt werden, dieses Kopfmachere tag soll für die 40 Jahren eine Frau bester sein.

Heute war hier dass man selbst wird, was, ob 1922 auch nicht mit sich einigt ist dann ist die letzte Jahre nicht so schwer. Meine Gedanken sind die auch, man's kann nicht und man selber Kind, selber ist seine weil Gott es mit sich hat in solche Zeit der Beste, alles in Tränen gläubig und Hingegen. Gest + Wohl Gott mit Euch. Feier Pass

Hilfchen. Es ist

Gibt soll keine Return es sollte so sein, Schule und auch Gott und alle meine Gedanken, selbst einander so lieber und allen, alles Gute. Ich soll Lehren, Lehren und die alle Lehren, Lehren und alle. Und auch alle Gute. Gest + Wohl! Auf Wiedersehen zu Jesus. Hilfchen. Es ist

urteilt. (Der Verfasser, der seit Mitte 1941 Soldat war und bei einer Einheit in der Nähe von Berlin Dienst tat, wurde von Frau Zinser erst nach gefällttem Todesurteil um Hilfe angegangen; auch war ihm bis dahin nichts von diesen Vorkommnissen bekannt. Die jetzt unternommenen Schritte kamen natürlich zu spät.) Das Urteil wurde am 13. September 1943 im Zuchthaus Brandenburg vollstreckt. Zinser war 41 Jahre alt.

#### Unter kommunistischer Herrschaft

Um das Maß der Leiden der deutschen Sozialisten in Polen vollzumachen, erfuhren sie nach der Eroberung Polens durch die Sowjets Anfang 1945 von den nunmehrigen kommunistischen Herrschern trotz ihres Kampfes gegen Hitler und ihrer loyalen Einstellung gegenüber Polen vor 1939 die gleiche Behandlung wie alle anderen Deutschen, die in Polen zurückgeblieben waren.

Mit Ausnahme von Emil Zerbe, der angesichts seines illegalen Daseins in der Zeit vom September 1939 bis 1945 sich nicht in die vom nationalsozialistischen Regime eingeführte sogenannte Deutsche Volksliste eintragen lassen mußte, wurden die anderen nicht minder konsequenten Gegner des Nationalsozialismus von den kommunistischen Herrschern Polens in keiner Weise anerkannt oder verschont. Auch sie wurden in Lager gesperrt und zur Zwangsarbeit nach der Sowjetunion verschleppt.

Trotz eigener Not konnte jedoch Zerbe in vielen Fällen helfend eingreifen. Er hatte sich während der Dauer des Krieges in der Nähe von Lodz versteckt, tauchte sofort nach dem Abzug der deutschen Truppen auf, wobei er vielen Deutschen zur Seite stand. Eine Betätigung in der alten Weise jedoch war im „volksdemokratischen“ Polen für den deutschen Sozialistenführer nicht mehr möglich. Er war jetzt in der Organisation der privaten Kaufmannschaft tätig.

Die deutsche Volksgruppe ausgelöscht, die sozialistische Idee zerstört und verfälscht, politischer Terror und Gewalt überall — dieser seelischen Belastung war der rechtlich denkende Mensch Emil Zerbe auf die Dauer nicht gewachsen. Das Herz des freiheitlichen Sozialisten zerbrach frühzeitig. Er starb am 16. Juli 1954 im Alter von 57 Jahren.

#### *Deutsche Arbeiterkultur- und Bildungsvereine in Polen*

Auch um die Hebung des kulturellen Lebens, mit dem es bei der deutschen Arbeiterschaft Polens nicht gut bestellt war, bemühte sich die DSAP. In den ehemals deutschen Gebieten, insbesondere in Oberschlesien, aber auch im Teschener Schlesien bestanden Arbeiterkulturorganisationen bereits aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Diese Organisationen setzten ihre Tätigkeit nach Einverleibung der Gebiete in den polnischen Staat fort. So gab es in Polnisch-Oberschlesien nach wie vor den deutschen Bund für Arbeiterbildung, den Arbeiterturnverein „Freie Turner“, die Arbeitergesangsvereine „Freiheit“ in

Kamitz, „Freiheit“ in Lipnik und „Wiederhall“ in Lobnitz, den Touristenverein „Naturfreunde“ u. a.

Besser als in Polnisch-Oberschlesien war die deutsche Arbeiterkulturarbeit im ehemals österreichischen Teschener Schlesien aufgebaut. Für diese standen in der Stadt Bielitz und in dem rein deutschen Vorort Alexanderfeld deutsche Arbeiterheime mit Vortragssälen und Sitzungsräumen zur Verfügung. Besonders stark ausgebaut war in diesem Bezirk unter den deutschen Arbeitern das Gesangswesen. So gab es in Bielitz seit dem Jahre 1897 den Arbeitergesangsverein „Frohsinn“, der 1937 sein 40jähriges Bestehen feierlich begehen konnte, ferner die Arbeitergesangsvereine „Gleichheit“ in Alt-Bielitz, „Einigkeit“ in Alexanderfeld und „Eintracht“ in Nickelsdorf. Darüber hinaus bestand bei der sozialistischen Arbeiterjugend in Alexanderfeld eine Gesangsabteilung.

Außerdem entfalteten der Verein der Arbeiterkinderfreunde und der Touristenverein „Die Naturfreunde“ ein lebhaftes Tätigkeitsleben. Die „Naturfreunde“ unterhielten in den Beskiden mehrere eigene Schutzhütten, darunter die mit Hilfe von Darlehen der Gewerkschaften und der Parteiorganisationen erbaute 917 m hoch gelegene auf der Blatnia. Der „Verein Kinderfreunde“ hatte ein eigenes Ferienheim in Luisenthal, wo alljährlich Arbeiterkindern Ferienaufenthalt gewährt wurde.

Im Jahre 1910 wurde in Bielitz der Arbeiter-Athletenclub „Solidarität“ gegründet, der sich bis zum Ersten Weltkrieg gut entwickelte, aber dann infolge der Einberufungen zum Kriegsdienst seine Tätigkeit einstellen mußte. Am 15. August 1920 erfolgte die Gründung des Arbeiter-Turn- und Sportvereins „Vorwärts“ in Bielitz. In der ersten Zeit fanden die Turnstunden in der Turnhalle der Mittelschule statt, wurden aber nach Fertigstellung des großen Saales im Arbeiterheim dorthin verlegt. Dem Arbeiter-Turn- und Sportverein „Vorwärts“ gehörten all die Jahre im Durchschnitt 60 bis 80 aktive Turner an; Obmann war Richard Plazzer.

Selbstverständlich bestanden in den meisten Orten entweder bei den Parteiorganisationen oder bei den Arbeiterkulturvereinen Büchereien. In Alexanderfeld unterhielt auch die deutsche Arbeiterjugend eine eigene Bücherei.

In Mittelpolen mußten nach der Wiedererstehung Polens Kulturorganisationen der deutschen Werktätigen erst neu geschaffen werden. Zuvor gab es hier, wie bereits ausgeführt, seit dem Jahre 1907 den „Verein deutschsprechender Meister und Arbeiter“ und für die deutschen Angestellten den „Christlichen Commisverein zur gegenseitigen Unterstützung“. Beide Organisationen hatten ihren Sitz in Lodz, betrieben aber nur allgemeine Kulturarbeit. Eine besonders auf die Arbeiterbildung ausgerichtete Tätigkeit entfalteten sie nicht. Das Fehlen von Arbeiterbildungsorganisationen, wie sie in Deutschland und auch in den bis dahin deutschen Gebieten von Oberschlesien und dem Teschener Schlesien bestanden, wurde daher von der Führung der DSAP in Mittelpolen als großer Mangel empfunden. Zwar wurde versucht, durch Vorträge, durch die Schaffung von Gesangschören, Laienspielgruppen, Büchereien usw. in verschiedenen Ortsgruppen der Partei Abhilfe zu schaffen, doch war das nur ein unzureichender



Notbehelf. Für den Aufbau einer eigentlichen Kulturorganisation fehlten aber die Mittel.

Erst als die deutschen Sozialisten im Jahre 1927 in Lodz zusammen mit den polnischen und jüdischen sozialistischen Parteien den Magistrat bildeten, konnte dem Mangel abgeholfen werden. Die sozialistische Stadtverwaltung stellte aus dem Kulturfonds der Stadt Mittel für Zwecke der Arbeiterbildung zur Verfügung. Selbstverständlich wurden in diese Aktion auch die deutschen Werk tätigen einbezogen. Um die sich bietende Möglichkeit voll nutzen zu können, wurde im Jahre 1928 die schon lange geplante selbständige deutsche Arbeiterkulturorganisation in Lodz ins Leben gerufen. Sie erhielt den Namen „Deutscher Kultur- und Bildungsverein Fortschritt“.

Die Gründung vollzog sich verhältnismäßig schnell, da die Bestätigung der Satzungen in der damaligen Zeit keine großen Schwierigkeiten bereitete. Die Tätigkeit des „Fortschritt“-Vereins erstreckte sich aber nicht nur auf die Stadt Lodz, sondern auch auf die umliegenden Textilstädte, in welchen ebenfalls viele Deutsche wohnten.

Es wurden Vorträge, Versammlungen, Gesangsabende abgehalten, Theateraufführungen veranstaltet usw. Außerdem war in den Räumen die Bücherei untergebracht, die einen regen Zuspruch hatte. Der „Fortschritt“-Verein verfügte über einen Männer- und einen gemischten Chor. Der Männerchor hatte sich in kurzer Zeit zu einem beachtlichen Klangkörper entwickelt. Die großen Chorwerke der deutschen Arbeiterbewegung, u. a. „Weckruf“ und „Empor zum Licht“, wurden von ihm ebenso gesungen wie die vielen deutschen Volkslieder. Zu nennen sind neben den zwei Gesangschören die Frauenvereine, die Theatersektion und die geselligen Zirkel. Studenten der deutschen Studentengruppe Warschau hielten in diesen Räumen Bildungsvorträge ab usw.

Die finanziellen Zuschüsse der Lodzer sozialistischen Stadtverwaltung gestatteten den Kauf ganzer Theatervorstellungen des Lodzer Theatervereins „Thalia“, wodurch breiten Kreisen der Arbeiterschaft ein verbilligter Theaterbesuch ermöglicht und dem deutschen Theaterverein eine wesentliche Hilfe zuteil wurde. Auch den deutschen Arbeitern der umliegenden Ortschaften wurde auf diese Weise der Besuch des deutschen Theaters ermöglicht.

Eine wichtige Aufgabe erfüllte die Bücherei des „Fortschritt“-Vereins, die eigentlich aus der Bücherei der Ortsgruppe Lodz-Zentrum der DSAP hervorgegangen war. In vielen Orten Mittelpolens wurden Zweigstellen dieser Bücherei eingerichtet. Neben der klassischen deutschen Literatur war in der Bücherei auch die linksgerichtete vorhanden.

Es muß allerdings vermerkt werden, daß die deutschen Arbeiterkulturorganisationen in Polen nach dem Jahre 1934 infolge Übergreifens der nationalsozialistischen Gesinnung auf weite Kreise der Deutschen in Polen zunehmend mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatten. Nach einer Krisenzeit in den Jahren 1934/35 stellten sich die Organisationen jedoch auf die neue Lage ein und setzten ihre Arbeit, manchmal allerdings in beschränktem Umfang, fort.

### *Die deutschen Gewerkschaften in Polen*

Ein besonderes Problem bildete für die deutschen Arbeitnehmer, die in den nach dem Ersten Weltkrieg an Polen gefallenene ehemals deutschen Gebieten wohnten, die Frage der Gewerkschaften. Viele von ihnen waren seit langem Mitglieder dieser Gewerkschaften im Deutschen Reich, und es drohte ihnen nunmehr der Verlust der in dieser Zeit erworbenen Rechte. In Posen und Pommerellen bzw. Westpreußen blieb ein Teil der alten deutschen Gewerkschaften zunächst erhalten. So bestand hier noch längere Zeit neben dem neu etablierten Verband der polnischen Buchdrucker der deutsche Buchdruckerverband, ebenso der deutsche Journalistenverband usw. Im Zuge des fortschreitenden Abzuges der Deutschen aus den Gebieten von Posen und Pommerellen (von über 1,2 Millionen Deutschen sind aus diesen Gebieten bis 1926 über zwei Drittel nach Deutschland abgezogen) schmolz die Bedeutung der deutschen Gewerkschaftsorganisationen jedoch immer mehr zusammen. Auch traten für ihre weitere Existenz rechtliche Fragen mehr und mehr in den Vordergrund.

Anders gestaltete sich die Lage in dem an Polen gefallen Teil Oberschlesiens. Hier besaßen die Deutschen auf Grund des Genfer Minderheitenabkommens vom 15. Mai 1922, der sogenannten Genfer Konvention, besondere Rechte. Artikel 159 dieses Abkommens zufolge konnten die deutschen Arbeiter und Angestellten ihre Gewerkschaften auch als Einheitsorganisationen weiterhin erhalten. Es bestanden hier der „Freie Angestelltenverband“, der „Deutsche Bergarbeiterbund“, der „Deutsche Metallarbeiterverband“, der „Zentralverband der Maschinisten und Heizer“, der „Deutsche Holzarbeiterverband“, der „Verband der Maler und Lackierer“ und eine Reihe kleinerer Verbände. Diese Organisationen waren zum größten Teil im „Bezirksausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes für Polnisch-Oberschlesien“ zusammengeschlossen.

Als jedoch nach dem nationalsozialistischen Umsturz am 2. Mai 1933 die Gewerkschaften in Deutschland aufgelöst wurden, bestand die Gefahr, daß auch die deutschen Gewerkschaften in Polnisch-Oberschlesien der neuen Ideologie der Arbeitsfrontzentrale in Berlin unterworfen würden. Die Führung der freien deutschen Gewerkschaftsbewegung in Polnisch-Oberschlesien beschloß daher Anfang Mai 1933 sofort nach Aufhebung der Gewerkschaften, sich von der Berliner Zentrale zu lösen und gründete eine selbständige Gewerkschaft unter dem Namen „Deutsche Freie Gewerkschaft in Polnisch-Oberschlesien“. Die bisherigen Berufsgliederungen wurden als Unterorganisationen beibehalten. An der Spitze dieser Gewerkschaftsorganisation standen wie bisher die alten Gewerkschaftsführer Buchwald, Knappik und Herrmann.

Neben den freien Gewerkschaften gab es in Ost- bzw. Polnisch-Oberschlesien aber ebenso wie bis 1933 auch im deutschen Teil Oberschlesiens die der Deutschen Katholischen Volkspartei nahestehenden christlichen Gewerkschaften. An ihrer Spitze stand der Sejmabgeordnete Bernhard Jankowski.

Die Deutsche Katholische Volkspartei (DKV) in Polnisch-Oberschlesien entsprach in ihrer politischen Auffassung etwa der Zentrumsparterie im Reich. Doch bald nach der Machtergreifung Hitlers machten sich auch in der DKV in Pol-

nisch-Oberschlesien in zunehmendem Maße nationalsozialistische Einflüsse bemerkbar. Der Vorsitzende des DKV, Senator Eduard Pant, ein entschiedener Gegner des Nationalsozialismus, stellte sich vergeblich der sich anbahnenden Entwicklung entgegen. Bereits am 27. August 1933 wurde die „Deutsche Katholische Volkspartei“ in „Deutsche Christliche Volkspartei“ umbenannt, wodurch der Gleichschaltung dieser Organisation der Weg geebnet wurde. Senator Pant trat später aus der „Deutschen Christlichen Volkspartei“ aus und gründete im Frühjahr 1937 den gegen den Nationalsozialismus eingestellten „Verband der Deutschen in Polen“.

Der Gleichschaltung der Deutschen Katholischen Volkspartei folgte auf dem Fuße die Gleichschaltung der Christlichen Gewerkschaften in Polnisch-Oberschlesien. Ebenso wie die Deutsche Katholische Volkspartei durch die Umbenennung ihre konfessionellen Grenzen sprengte und sich für die nichtkatholischen Deutschen öffnete, streifte auch der Vorsitzende der christlichen Gewerkschaften Jankowski die christliche Begrenzung seiner Gewerkschaftsorganisation ab.

Begünstigt wurde die Gleichschaltung der Gewerkschaften Polnisch-Oberschlesiens dadurch, daß gewisse Bindungen dieser Gewerkschaften zu den Organisationen im deutschen Teil Oberschlesiens, die für ihren Bestand und ihre Verpflichtungen gegenüber den Mitgliedern wesentliche Bedeutung hatten, auf Grund der Genfer Konvention noch wirksam waren. Die Folge war, daß die Delegierten des deutschen christlichen Gewerkschaftsverbandes auf ihrer Tagung am 3. Februar 1935 sich für die Aufgabe der bisherigen getrennten Organisationsform und für die Schaffung einer Einheitsorganisation aussprachen.

Und als dann die ihrer finanziellen Grundlage weitgehend entblößten großen freien Gewerkschaften, der „Deutsche Metallarbeiterverband“ und der „Deutsche Bergarbeiterbund“, unter dem Druck der Mehrheit ihrer Mitglieder sich gleichfalls für eine deutsche Einheitsgewerkschaft entschieden hatten, kam es am 24. März 1935 zur Gründung der gleichgeschalteten „Gewerkschaft Deutscher Arbeiter in Polen“ mit dem Sitz in Kattowitz. Bernhard Jankowski wurde Vorsitzender auch des neuen Verbandes. Ebenso schnell schaltete sich der „Gesamtverband Deutscher Angestellten-Gewerkschaften in Polnisch-Oberschlesien“ gleich.

Die Gleichschaltung der beiden Organisationen erstreckte sich jedoch nicht nur auf den Nationalsozialismus, vielmehr befolgten diese Organisationen nunmehr getreulich auch die nach dem deutsch-polnischen Vertrag vom Januar 1934 für die Politik der deutschen Minderheit in Polen erlassenen Parolen. Es ist verständlich, daß sich durch diese Haltung die Kluft zwischen den gleichgeschalteten und den freien deutschen Gewerkschaften in Polnisch-Oberschlesien, die zusammen mit den polnischen Gewerkschaften solidarisch in der Kampfesfront der Arbeitnehmer standen, noch mehr vertiefte. Die Entwicklung ging jedoch auf Kosten der freien Gewerkschaften, einmal, weil ihre finanziellen Mittel infolge der Loslösung von der Zentralorganisation bzw. von der nunmehrigen Deutschen Arbeitsfront im Reich nur gering waren und zum anderen wegen

der allgemeinen Hinwendung der breiten Schichten der deutschen Minderheit zum Nationalsozialismus.

Zum Unterschied von Polnisch-Oberschlesien hatten die deutschen Arbeitnehmer im Teschener Schlesien und in dem ehemals russischen Mittelpolen keine eigenen deutschen Gewerkschaftsorganisationen. Hier wie dort waren die deutschen Arbeiter überwiegend in den unter sozialistischem Einfluß stehenden Gewerkschaften, den sogenannten Klassenverbänden, organisiert, in welchen sie eigene deutsche autonome Unterorganisationen unterhielten. Im Bezirk von Bielitz gab es gewerkschaftliche deutsche Unterorganisationen der Holz-, Metall- und der Textilarbeiter, die bis zum Kriegsausbruch 1939 intakt blieben und eine lebhaftige Tätigkeit entfalteten.

In dem bis zum Ersten Weltkrieg unter russischer Herrschaft stehenden Mittelpolen war zur Zeit der Entstehung des polnischen Staates Ende 1918 weder eine deutsche gewerkschaftliche Tradition noch jedwede echte gewerkschaftliche Organisation vorhanden. Zwar waren in den Fabriktädten des Lodzer Industriegebietes in den Revolutionsjahren 1905/1907 illegale gewerkschaftliche Zusammenschlüsse zu verzeichnen, zu denen auch ein großer Teil der deutschen Arbeiter gehörte, doch waren die Erfahrungen der Untergrundarbeit jetzt in der legalen Tätigkeit kaum zu verwenden.

In Lodz gab es wohl die aus den besonderen Verhältnissen der Revolutionsjahre von 1905/07 heraus geborenen deutschen gewerkschaftlichen Organisationen, die „Gewerkschaft Christlicher Textilarbeiter- und Arbeiterinnen“ sowie die auf Vereinsbasis arbeitende deutsche Angestelltenorganisation „Christlicher Commisverein zur gegenseitigen Unterstützung. Beide Organisationen erfüllten jedoch nach der Entstehung des polnischen Staates nicht die Aufgaben, wie sie einer echten Gewerkschaft zustehen und von den Arbeitern und Angestellten erwartet werden konnten. Im Jahre 1935 bildete sich der „Christliche Commisverein“ in einen „Verband Deutscher Büro- und Handelsangestellten“ um.

Die eigentliche deutsche Gewerkschaftsbewegung in Mittelpolen vollzog sich hingegen als autonome Untergliederung innerhalb des „Allgemeinen Verbandes der Textilarbeiter Polens“, des sogenannten Klassenverbandes. Die Leitung des Allgemeinen Verbandes kam der deutschen Arbeiterschaft insofern entgegen, als im Jahre 1926 beim Verband eine deutsche Abteilung mit voller Autonomie und mit Untergliederungen in allen Städten mit einem starken deutschen Bevölkerungsanteil gebildet wurde. Die deutsche Abteilung des Klassenverbandes unterhielt eigene Gewerkschaftssekretäre, zog selbständig die Beiträge ein und gab eine eigene Monatsschrift „Der Textilarbeiter“ heraus.

Auf der Jahresversammlung am 6. Mai 1928 wurden in den Vorstand der Deutschen Abteilung gewählt: Emil Zerbe, Karl Serwatka, Siegmund Krzywanski, Theodor Kummert, Reinhold Wagner, Roman Keller, Alfons Arndt, Rudolf Karcher und Alfred Moser. Von 1925 bis zum Kriegsausbruch im September 1939 war Otto Dittbrenner Gewerkschaftssekretär der Deutschen Abteilung. Zeitweilig war auch Artur Linke als Sekretär der Abteilung tätig. Anfang 1939 zählte die Deutsche Abteilung des Textilarbeiterverbandes in

Lodz 3 264 Mitglieder, und zwar 2 134 Männer und 1 130 Frauen. In den Jahren 1934 bis 1937 war die Deutsche Abteilung des Textilarbeiterverbandes starken Infiltrationsversuchen der Kommunisten ausgesetzt, die jedoch abgewiesen werden konnten.

### *Die Konsumvereine*

Stark ausgebaut und gut fundiert war bei der deutschen Arbeiterschaft im Bezirk von Bielitz-Biala das Genossenschaftswesen. Die Arbeiter-Konsumgenossenschaft, im Jahre 1904 gegründet, besaß im Bezirk 15 Filialen, eine Zentralbäckerei und eine besondere Manufaktur- und Textilabteilung. Im Oktober 1936 wurde in Bielitz ein neues Verwaltungsgebäude der „Deutschen Arbeiter-Konsum- und Spargenossenschaft“ seiner Bestimmung übergeben. In Bielitz bestand darüber hinaus der von Mitgliedern der Freien Deutschen Gewerkschaften ins Leben gerufene Verein „Sterbekasse“, der im Jahre 1936 noch 1334 Mitglieder zählte.

### *Letzte Kader der Freiheit*

Bis zum September 1939, d. h. bis zum Beginn der mit dem Einmarsch der Armeen Hitlers in Polen entzündeten Weltbrandes, hat die Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens als letzte intakt gebliebene Organisation der deutschen Arbeiterbewegung ihren Standort behauptet und die Fahne des freiheitlichen Sozialismus hochgehalten. Die vorstehende Darstellung zeigt, unter welchen schwierigen Verhältnissen und mit wie großen Opfern das geschah. Gewiß, die DSAP war — gemessen an den sozialistischen Bewegungen in anderen Industrieländern — eine verhältnismäßig kleine Partei und eine auslandsdeutsche in dem halbfaschistisch regierten Polen Pilsudskis dazu. Aber vielleicht gerade darum kann sie angesichts dieses verzweifelten aber kompromißlosen Kampfes für sich in Anspruch nehmen, als letzte am Ort verbliebenen Kader Symbol für den heroischen Kampf der deutschen Sozialdemokratie in der Welt gegen den Ungeist des Nationalsozialismus und Faschismus und damit für die Erhaltung der geistigen und moralischen Werte des deutschen Volkes gewesen zu sein.

Es war eine selbstlose, von großer Verantwortung getragene Politik, die die deutschen Sozialisten Polens geführt haben. Angefeindet und beschimpft aus den Reihen eines Teiles der deutschen Bevölkerung wegen ihres Kampfes gegen den Nationalsozialismus und andererseits von der Regierung in Warschau angesichts der aufgekommenen freundlichen Beziehungen mit Berlin als unbecommer Störenfried betrachtet, befand sich die DSAP zwischen zwei Mahlsteinen. Selbst als die Agression Hitlers mit der Einverleibung des Sudetenlandes im Herbst 1938 begann, die von Polen durch die Annexion des Olsa-Gebietes mitgemacht wurde, blieb die Haltung der DSAP unverändert: sie lehnte beide Annexionen ab, was gegenüber der polnischen Regierung allerdings nur sehr vorsichtig zum Ausdruck gebracht werden konnte.

Während nunmehr auch die sudetendeutsche Sozialdemokratie zur Flucht vor

den braunen Machthabern gezwungen war und nur noch in der Emigration wirken konnte, war der trotz allem intakt gebliebenen Organisation der deutschen Sozialisten in Polen die Aufgabe zugefallen, inmitten der hochgehenden Wogen des Hasses, der Kriegshetze und der aufkommenden Feindseligkeiten zwischen Deutschen und Polen am Ort ihres Werdens und Wirkens auszuharren. Gewiß verhallte die von der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens ausgehende Mahnung zur Vernunft in dieser Situation in dem aufbrausenden Gewittersturm ziemlich ungehört. Doch die in diesen Wochen und Monaten vor Kriegsausbruch im Jahre 1939 sowohl von den deutschen als auch von den polnischen Sozialisten in Polen gesetzten Zeichen sind dokumentarisch festgehalten, sie haben geschichtlichen Bestand und sollten bei der Überprüfung der nationalen und staatlichen Probleme der beiden Völker und bei einer hoffentlich einsetzenden nüchternen Geschichtsbetrachtung nicht außer Acht gelassen werden.

Diese Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens, die wie kaum eine andere auslandsdeutsche Bewegung aus innerer Überzeugung die Treue zum deutschen Volkstum mit der Treue zum Staat, in dem sie lebte, verband und unter allen Umständen zu erhalten suchte, wurde schließlich von den zu beiden Seiten errichteten Mühlsteinen zermalmt. Ihre Grundeinstellung jedoch, die die Deutschen in Polen seit ihrer Ansiedlung immer auszeichnete, nämlich den Ausgleich, die gute Nachbarschaft und die Zusammenarbeit mit polnischen Nachbarn zu suchen und zu pflegen, hat die DSAP ohne Rücksicht auf äußere Einflüsse bis zum bitteren Ende beibehalten. Sie hat damit gezeigt, daß es auch unter den Deutschen Polens Kräfte gab, die politisch wach waren, die das Verhängnisvolle des Nationalsozialismus rechtzeitig erkannten und sich aus Verantwortung gegenüber dem Volksganzen diesem Unheil entgegenstellten. So wurde ein ehrlich um die Erhaltung der deutschen Sprache und Kultur im Ausland, zugleich aber auch um die Völkerverständigung bemühte Bewegung in den allgemeinen Strudel der deutschen Katastrophe mitgerissen, eine Organisation, die wie keine andere berufen war, Mittlerin zwischen dem deutschen und dem polnischen Volke zu sein.

## Literaturverzeichnis

- Grünberg, Karol: Nazi-Front Schlesien. Niemieckie organizacje polityczne w wojewodztwie Slaskim w latach 1933—1939. (Nazi-Front Schlesien. Die deutschen politischen Organisationen in der Wojewodschaft Schlesien in den Jahren 1933—1939.) Kattowitz. 1963.
- Heike, Otto: Das Deutschtum in Polen 1918—1939. Bonn 1955.
- „ : Mittlerin um die deutsch-polnische Verständigung. Vor 40 Jahren wurde die „Deutsche Arbeitspartei Polens“ gegründet. In: „Ostdeutscher Heimatbote“. 10. Jg. Nr. 2. Februar 1962.
- „ : Deutsche Arbeiterbewegung in Polen, Entwicklung und tragisches Ende. In: „Ost- und Mitteldeutscher Heimatbote“. 11. Jg. Nr. 5. Mai 1963.
- „ : Wilhelm Zinser, Opfer brauner Justiz. In: „Ost- und Mitteldeutscher Heimatbote“. 12. Jg. Nr. 1. Januar 1964.
- „ : Die deutsche Arbeiterbewegung in Polen 1835—1945. Dortmund. 1969.
- Jaekel, Maria: Die kultur- und volkspolitische Wirksamkeit der deutschen Presse in Oberschlesien von 1922—1932. Diss. Kattowitz 1933.
- Kauder, Viktor: Deutsche Kulturarbeit in Polnisch-Schlesien. In: Schlesiendes Jahrbuch. 3. Jg. 1930/31.
- Kowoll, Johann: Die deutsche sozialistische Bewegung, ihre Aufgaben und Ziele. In: Das Deutschtum in Polnisch-Oberschlesien. Plauen 1932.
- Lukaschek, Hans: Die Deutschen in Polnisch-Oberschlesien. Berlin o. J.
- Luxemburg, Rosa: Der Sozialismus in Polen. In: Sozialistische Monatshefte. Berlin 1893.
- Matthias, Erich: Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten. Tübingen 1954.
- Ohlhoff, Gerhard: Die Geschichte Brombergs vom Kriegsende 1918 bis zur Übergabe an den polnischen Staat 1920. In: Zeitschrift Bromberg, Nr. 28/30, 1968.
- Rechowicz, Henryk: Sejm Slaski 1922—1939 (Der Schlesiendes Sejm 1922 bis 1939) Kattowitz 1965.
- Schwidetzky, J.: Die polnische Wahlbewegung in Oberschlesien. In: Schriften des Osteuropa-Instituts in Breslau 1934.
- Szefer, Andrzej: Mniejszosc niemiecka w Polsce i Czechoslowacji w latach 1922—1938 (Die deutsche Minderheit in Polen und in der Tschechoslowakei in den Jahren 1922—1938). Kattowitz 1967.
- Ulitz, Otto: Von der Vergangenheit zur Gegenwart. In: Das Deutschtum in Polnisch-Schlesien. Plauen 1932.
- Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn.
- Heimatarchiv der Deutschen aus Mittelpolen und Wolhynien in Mönchengladbach.
- „Volkswille“, Kattowitz 1925—1934.
- „Volksstimme“, Bielitz 1925—1934.
- „Volkszeitung“, Lodz 1925—1939.